



Saar-Streund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 3
5. Jahrgang

Erscheint zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die willkürigen Postanstalten "Poststelle" preislich 6. 200 erbeten. In Sonderfällen erfolgt Auslieferung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein Berlin SW. 11. Konradiner Str. 48. Anspr. Anschl.: Raut Einwohner 1200. - Betrag pro monatlich: 25 Goldpfennig. - Alle Zahlungen an' Poststelle Berlin 11. Nr. 44 oder auf Deutsche Bank. Depositenkasse 6. Berlin SW. 47. Belle-Alliance-Platz 18, in beiden Fällen für Konto "Geschäftsstelle Saar-Verein" mit dem Vermerk "Saar-Post" erbeten.

1. März
1924

Das betrogene Saargebiet.

Von Richard Posselt.

Vor vier Wochen hat das Saargebiet vor aller Welt bekannt, daß es deutsch fühlt und deutsch handelt. Es hat erneut bewundert, daß Clemenceau's 150 000 Saarfranzosen der gleiche Schwindel sind wie die Richettsche „Saarbund“-Parole: „Das Saarland den Saarländern!“ Es hat bewiesen, daß die ganze Saarregelung in dem Versailler Diktat ein infamer Weltbetrug, eine Vergewaltigung von Recht und Freiheit ist. Darüber kann auch keine noch so reichlich finanzierte Propaganda hinwegtäuschen.

Und auch keine Verwaltungskomödie. Denn nachgerade sinken solche Zustände, wie sie sich „im Namen des Völkerbundes“ an der Saar herausgebildet haben, zum Himmel. Die dortigen Regierungsmahnahmen stehen dem Geiste und dem Buchstaben des Saarstatuts diametral gegenüber, diametral vor allem auch dem Bevölkerungswillen, der Wohlfahrt des Landes. Doch niemand lämmert sich um solche Dinge außerhalb des Saargebiets, und der Völkerbund ist weit und selten zu Hause. Er hat auch eine strenge Hausordnung; zu ihm kommt nicht einmal das eigene Kind ohne Beachtung streng durchgeführter Etikette. Will sich das Völkerbundskind z. B. über seinen Schulmeister wegen Mißbräuch der Amtsgewalt beschweren, so hat diese Beschwerde zunächst dieser selbe angeschuldigte Schulmeister entgegenzunehmen.

Dies und außerdem: dem eigenen Kinde glaubt man nicht; man hört darauf, was dieser Schulmeister sagt, der sich wieder Rat bei seiner „Schulaufsicht“ in Paris holt. So kommt's wohl, daß weniger der Wunsch der Bevölkerung an der Saar, als vielmehr die Forderungen des anregionslüsternen französischen Ländereigers für das Schicksal des Saargebiets maßgebend bleiben. Auch heute noch.

Im vorigen Jahre trat die deutsche Mark ihren Todeslauf an, und zwar unter den Peitschenhieben der Söldnerhorden an Ruhr und Rhein. Im Saargebiet hatten wohlberechnete Maßnahmen der Mark schon längst den Halt genommen, so daß die Saarregierung nach festgelegtem Operationsplan die allgemeine Einführung der Frankenwährung im Saargebiet begründen“ konnte mit der Behauptung, daß der schwankende Wert der Mark keine ruhige wirtschaftliche Entwicklung aufkommen lasse, wodurch Ruhe und Ordnung gestört würden. Notwendig sei daher die Einführung einer stabilen Währung für das Saargebiet, wie sie in dem französischen Franken vertreten sei.

Und der Völkerbundsrat stimmte dem zu, obwohl er wußte, daß eine Änderung der Währung eine grobe Verleugnung der Versailler Bestimmungen darstellte, die als allein gültige gesetzliche Währung die Mark anerkennen, den französischen Franken jedoch lediglich als gebüdetes Zahlungsmittel bezeichnen lassen. Man legte sich über diese Vertragsverleugnung leichter Herzens hinweg, denn hier deckten sich die Interessen Frankreichs angeblich und scheinbar mit der Wohlfahrt der Bevölkerung.

Ein Jahr später. Die Mark ist stabil. Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse befinden sich in langsamem, aber

stetigem Wiederaufbau. Die Not ist noch groß, aber nicht mehr hoffnungslos. Nun aber hat sich der „stabile“ französische Franken in eine schwankende Währung umgewandelt, die auch von den jüngsten französischen drastischen Steuermahnahmen nicht gesunder geworden ist. Im Saargebiet weiß man das sehr wohl und merkt's täglich an den Warenpreisen. Die Ausgaben werden immer größer, die Einnahmen stets kleiner. Das Saargebiet erlebt abermals schwere wirtschaftliche Erschütterungen, die die Saarregierung vor einem Jahre veranlaßte — nur diese Tatsachen natürlich! — die deutsche Mark des Landes zu verweisen und der französischen Währung das Heimatrecht an der Saar zu verleihen. Damals verlangte die Regierungskommission z. B., daß die Gemeinden ihren Bediensteten austümliche Belege zahlte; wo das in deutscher Mark nicht möglich war, da sollte man eben zum französischen Franken greifen!

Und was geschieht heute? Der Franken purzelt weiter, trock „Saarkurier“, die Not steigt täglich, die Einkünfte besonders für die breite Masse werden von Tag zu Tag geringer. Die schwankende französische Währung bringt dem Saargebiet abermals schwere wirtschaftliche Erschütterungen. Man hat aber noch nichts davon gehört, daß die Regierungskommission Maßnahmen entsprechend denen vor einem Jahre vorbereitet hat, daß sie Vorkehrungen getroffen hat, um dem Saargebiet eine feste Währung zu geben. Wie vor einem Jahre, so trifft auch heute die Verbindung zu, daß durch eine stabile Währung eine wirtschaftliche Beruhigung und Festigung des Landes nicht eintreten kann. Wird die Regierungskommission eben so eilig wie im vorigen Jahre, als es sich um die Verbrüderung der deutschen Mark, um die Verstärkung einer wesentlichen Verbindung des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland handelte, beim Völkerbundrat beantragen, die wertlose, schwankende, sich täglich mehr entwertende Frankenwährung durch eine stabile Währung zu ersetzen? Man sollte es annehmen — wenn die Regierungskommission loyal handeln wollte. Sie wird es aber nicht tun, weil sie vor einem Jahre das Saargebiet, den Völkerbund und die Welt betrogen hat; sie wird es nicht tun, weil sie sich vor einem Jahre bei der Einführung der Frankenwährung nicht von wirtschaftlichen, nicht von Gesichtspunkten des Volkswohls, sondern allein von politischen Motiven leiten ließ, von dem Bestreben, ein Band der Zusammengehörigkeit zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland zu zerstören.

Am 25. Februar d. Js. hat sich der Kreistag Saarlouis mit dieser Frage beschäftigt und seine Auffassung in folgender treffender Erklärung niedergelegt:

Die Nothlage der Bevölkerung des Saargebietes und insbesondere die Lage der Arbeitnehmerschaft, hat innerhalb der letzten Monate Formen angenommen, die, wenn nicht bald eine durchgreifende Änderung geschaffen wird, zu den aller-

schwersten Belehrungen Anlaß geben muß. Der Kreistag des Kreises Saarlouis bedauert die ablehnende Stellungnahme der Regierungskommission zu den Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Er sieht auf dem Standpunkt, daß es Pflicht der Regierung sei, Abhilfe zu schaffen und das Saargebiet vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren. Der Kreistag erachtet es demgegenüber im Interesse der schwer nothwendigen Bevölkerung als seine Pflicht, die Regierungskommission nachdrücklich an ihre feierlich übernommenen Verpflichtungen gegenüber der Saarbevölkerung zu erinnern. Der Kreistag hofft, daß die Regierungskommission mit gleichem Eifer, mit dem sie die deutsche Mark, sobald sie als stabiles Zahlungsmittel nicht mehr angesehen werden konnte, aus dem Saargebiet entferne,

nun auch angesichts des fallenden Franken die Interessen der ihr anvertrauten Bevölkerung vertreten und für stabile Verhältnisse, hinsichtlich der im Saargebiet gültigen Zahlungsmittel, Sorge tragen wird."

Man darf gespannt sein, welches die Antwort der Regierungskommission auf diese Erklärung sein wird. Bekanntlich haben vor wenigen Wochen bereits die Wirtschaftskreise des Saargebiets in einer eingehenden Darlegung der Wirtschaftslage die Einführung einer stabilen Währung gefordert. Erfolgt ist bisher nichts. Man nimmt anscheinend in der Regierungskommission an, daß es auf einen Betrag weniger oder mehr um das Saargebiet nicht ankommt.

Ob nicht aber doch einmal die Dämmerung kommt, die Dämmerung über das betroffene Saargebiet, die selbst von der heftigsten Propaganda nicht aufgehalten werden kann?

Die gefährliche Saarfrage.

Bei Besprechung der Pfalzinterpellation am 28. Februar kam der deutschationale Abgeordnete Dr. Helfferich auch auf das Saargebiet zu sprechen — seit langer Zeit wieder das erste Mal, daß man im deutschen Parlament auch etwas über das deutsche Saargebiet hörte. Er erinnerte daran, daß die Unterstellung des Saarreviers unter ein internationales Regime Clemenceau durch einen gemeinen Betrug erschlichen hat, indem er Wilson vorredete, daß im Saarrevier 150 000 Franzosen lebten. Abg. Dr. Helfferich richtete an den Reichsminister des Neuherrn die Frage, ob wir nicht auf Grund des Versailler Vertrages die Wiedergutmachung des unerhörten Betruges verlangen könnten, der im Saargebiet geschehen wird.

Diese Frage ist durchaus berechtigt. Gerade die jüngsten Enthüllungen Lloyd Georges über das Zustandekommen der Bestimmungen über das Rheinland, wozu offenbar auch die Regelung über das Saargebiet gehört, haben gezeigt, welchen Betrugsmöglichkeiten Deutschland in Versailles zum Opfer gefallen ist. Doch sollte dieser Betrug nicht für alle Zeiten bestimmt sein für das Geschick Deutschlands. Frankreich fürchtet solche Enthüllungen, fürchtet sie wie die Pest — das hat der Sturm in Paris nach Bekanntwerden der Enthüllungen Lloyd Georges gezeigt, haben gezeigt die Mittel, die angewendet wurden, um die Erörterungen darüber in der Deffentlichkeit so schnell wie möglich zu beenden.

Auch die öffentliche Besprechung der Saarfrage ist den Franzosen äußerst verhaft. Die jüngsten Landeswahlen mit 99 Prozent deutschen Stimmen haben auch den letzten Guglädigen davon überzeugt, daß Frankreichs Anspruch auf das Saargebiet ohne jeglichen Rechtsgrund erhoben wird, will man nicht die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker brutal vergewaltigen. Dazu ist man allerdings im Saargebiet auf dem besten Wege.

Wie sehr man in Frankreich die öffentliche Besprechung der Saarangelegenheit fürchtet, ist in letzter Zeit durch zwei Vorgänge erneut bewiesen worden. In der Dezembertagung des Völkerbundsrates sollte die Neuerennung der Mitglieder der Saarregierung erfolgen. Das „dänische“ Mitglied hat seine Demission eingereicht, und für das saarländische Mitglied (eine von dem Meineidsminister Dr. Hector vorgezeichnete Puppe) soll auf englischen Antrag eine geeigneter Persönlichkeit bestellt werden. Damals war eine Einigung nicht möglich, weil von englischer Seite Personen mit durchaus neutraler und selbstloser Auffassung gewünscht wurden, um der Regierungskommission eine unabhängige und gewissenhafte Erledigung ihres Treuhänderauftrages zu ermöglichen. Die Gegenseite, die damals im Kreise der Völkerbundsdelegierten zutage traten, waren so erheblicher Natur, daß Frankreich fürchtete, eine Durchsetzung seiner Forderungen könnten öffentliche Erörterungen im Gefolge haben, die nicht im Interesse Frankreichs liegen. Deshalb vertrat man die Angelegenheit auf die nächste Sitzung. Vielleicht hatte Frankreich gehofft, durch das Eingreifen des französischen „Saarbundes“ in die Landeswahl würde das Ergebnis dieser Wahl derart beeinflußt werden, daß man mit entsprechenden Vorschlägen für das saarländische Mitglied der Regierungskommission von dieser Seite rechnen könnte. Das war allerdings eine verschleierte Spekulation. Deshalb betrachtet man in Paris sowohl wie in der Saarbrücker Alleestraße die jüngste Denkschrift der deutschen politischen Landesfraktionen an den Völkerbund mit sehr gemischten Gefühlen, da darin

gebeten wird, „die gewählten Vertreter der Bevölkerung um Vorschläge zu ersuchen, bevor der Hohe Rat zu der Wahl des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission schreitet“.

Solche Schritte fürchtet Frankreich um so mehr, als sich gezeigt hat, daß sie langsam aber sicher ihren Eindruck bei verschiedenen Mitgliedern des Völkerbundes hinterlassen. Das erklärt auch die plötzliche Aufhebung des Verbots der Rheinlandkommission für den bekannten saarländischen Großindustriellen und politischen Führer Dr. Rödeling und drei Homburger Bürger zum Vertreten des besetzten Gebietes. Auch in dieser Frage hatten die deutschen Landesfraktionen eine Denkschrift beim Völkerbund eingerichtet und auf die Vertragswidrigkeit dieser Maßnahme der Rheinlandkommission verwiesen. Es war zu erwarten, daß diese Frage in der Märztagung des Völkerbundes zur Verhandlung kommen würde. Einer grundsätzlichen Entscheidung dieser Frage ist die Rheinlandkommission aber aus begrießlichen Gründen ausgewichen. Sie hat das Verbot aufgehoben mit der Beschränkung, daß bei der Durchreise durch das besetzte Gebiet die Bahnhöfe nicht verlassen werden.

Diese Tatsachen zeigen, daß der deutschationale Abgeordnete Dr. Helfferich recht hatte, wenn er in der fraglichen Sitzung des Reichstages die Aufmerksamkeit der Deffentlichkeit auch auf die Verhältnisse an der Saar richte. Je mehr die Verbrechen, die durch das Versailler Diktat gegen Deutschland begangen wurden, in der Deffentlichkeit besprochen werden, um so eher wird die Revision dieses Schandvertrages ermöglicht werden. Und eines dieser Verbrechen ist die „Regelung der Saarfrage“ als Ersatz für die von Frankreich nicht erzielte Annexion des Saargebietes.

*

Nach Mitteilung des Völkerbundsekretariats hat das Mitglied der saarländischen Regierungskommission Moltke-Huitfeld seine Demission eingereicht. Gleichzeitig ist das Völkerbundsekretariat davon verständigt worden, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Land, die Wiederwahl in die Kommission ablehnt. Infolgedessen hat der Völkerbundsrat in seiner Tagung vom 10. März zwei neue Mitglieder der Regierungskommission zu ernennen.

Hierzu bemerkt die „Frankf. Ztg.“: Die Bevölkerung des Saargebietes wird den Rücktritt der Regierungskommissare Moltke-Huitfeld und Land mit Genugtuung begrüßen. Es gehört zu den übeln Folgen des Kriegsgeistes in den letzten moralisch verwilderten Jahren, daß diese Menschen überhaupt in die Regierung des dem Völkerbunde anvertrauten Landes berufen wurden. Moltke-Huitfeld ist ein geborener Däne, der Jahrzehntelang in Paris als Rennstallbesitzer und Lebemann lebte. Diesem Gesinnungsfranzosen ohne Fähigkeiten vertraute man die Kulturangelegenheiten an, nur — um die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen, die an seiner Stelle einen Neutralen fordern. — Land ist ein früherer Petroleumhändler, der sich dann durch die Betätigung nationalistischer Gesinnung eine preußische Lotterieloskollekte ergatterte; sich aber nach dem Einmarsch der Franzosen bei ihnen anbiederte. Der Lotterieloskollekte, den niemand achtete und der von Politik und Verwaltung gewiß nichts verstand, wurde gegen den allgemeinen Willen der Bevölkerung „saarländisches Mitglied der Regierungskommission“. So ist man „den Verträgen treu“. Es ist zu hoffen, daß der Völkerbundsrat nunmehr von der Nachkriegsphrasie genügend befreit ist, um dem Saargebiet ein würdiges und gerechtes Regiment zu geben.

Frankreichs Saarbetrug.

Abg. Dr. Helfferich im Reichstag.

In der Reichstagsitzung vom 23. Februar 1924 kam der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich bei Beisprechung der Pfälzinterpellation auf das Saargebiet zu sprechen. Er führte hierzu aus:

Schon mitten im Kriege hat Herr Delcassé in jenem Geheimvertrag vom Februar 1917 — geheim sogar gegenüber dem eigenen britischen Verbündeten — sich ausbedungen, daß Rücklaide ihm freie Hand auf dem linken Rheinufer und für die Bruderkopie gewähre. Bei den Verhandlungen zum Versailler Friedensdiktat präzentierte Frankreich die gleichen Forderungen. Es stieß zunächst auf Widerstand, auf heftigen Widerstand bei Wilson, bei Lloyd George und bei Orlando, die es als eine unmögliche Gemeinheit erklärten, in diesem Maße gegen die Zusage zu handeln, die Deutschland beim Abschluß des Waffenstillstandes gegeben worden war. Gegenüber diesem Widerstand hat Frankreich seine Forderungen zunächst reduziert. Es hat sie beschränkt auf die Errichtung des Sonderregimes für das Saargebiet und auf die 15jährige Okkupation für das übrige Rheinland. Auch damit stieß es auf Widerstand bei Wilson, bei Lloyd George und bei Orlando. Es hat diesen Widerstand mit Methoden überwunden, die nur als echt französisch auf Grund der Geschichte, wie ich sie eben entwickelt habe, bezeichnet werden können. Die Unterstellung des Saargebietes unter das Sonderregime, das tatsächlich Frankreich die Macht im Lande gibt und im französischen Sinne zur endgültigen Annexion ausgebaut werden soll, hat Clemenceau gegenüber seinen Verbündeten durch einen — ich preche das harte Wort gelassen aus —, durch einen gemeinen Betrug erschlichen. Ich ziehe seinen Adlatus, seine rechte Hand, Herrn Tardieu. Herr Tardieu erzählt, wie der erklärte und scharfe Widerstand der verbündeten Staatsmänner gebrochen wurde durch eine Erklärung Clemenceaus, die ich wörtlich hier verlese. Herr Clemenceau hat Wilson, Orlando und Lloyd George ins Gesicht gelogen:

Es gibt im Saargebiet 150 000 Franzosen. Diese Franzosen haben im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt, und auch diese Franzosen haben einen Anspruch auf Gerechtigkeit. Sie meine Herren, wollen die Rechte der Deutschen repudieren. Ich auch. Aber berücksichtigen Sie bitte auch die Rechte der 150 000 Franzosen im Saargebiet, wie Sie die Rechte der Tschechen und die Rechte der Polen berücksichtigen wollen.

Diese 150 000 Saarfranzosen des Herrn Poincaré existieren nicht und haben nie existiert. Ebenso wenig existierte die Adresse, die diese 150 000 Saarfranzosen an Herrn Poincaré gerichtet haben sollen. Was existiert, ist allein einer der gemeinsten Halunken der Weltgeschichte, Herr Hector, den die Franzosen zum Dank für diesen unerhörten Betrug zum saarländischen Mitglied der Regierungskommission gemacht haben und der dann als meinidiger Schutz vor deutschen Gerichten entlarvt worden ist.

Ich habe mir hier schon bei früheren Gelegenheiten die Frage erlaubt: nachdem dieser Fall bekannt geworden ist, nachdem der Fall dieser angeblichen 150 000 Saarfranzosen und der angeblichen Adresse, mit der Herr Clemenceau operiert hat, in dieser Weise klar wie Sonnenlicht vor die ganze Welt hingestellt werden konnte, was hat die deutsche Regierung getan, um zugunsten des auf Grund eines nachgewiesenen Betruges demselben Regime unterstellt und damit zur Hälfte, kann man sagen, den Franzosen ausgelieferten Saargebietes, an diesem Punkte einzusehen? Ich habe damals keine Antwort bekommen, ich habe seither keine Antwort bekommen, und ich würde es für sehr dankenswert halten, wenn wir vom Herrn Minister des Auswärtigen erfahren würden: Ist etwas in dieser Beziehung geschehen, und, wenn nichts bisher geschehen ist, ist er entschlossen, zugunsten der Befreiung des Saargebietes die Sache aufzunehmen?

Ich wende mich an den Herrn Minister des Auswärtigen aus einem besonderen Grunde. Der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann hat am 21. Januar vorigen Jahres in Stuttgart das wahre Wort ausgesprochen:

Es wird heute so viel geredet von Wiedergutmachung. Die Welt ist uns eine Wiedergutmachung schuldig für den wiederholten Bruch der Verträge an uns.

Das sind die Worte des Abgeordneten Stresemann. Ich frage heute den Herrn Minister Stresemann, ob nicht in diesem unerhörten Betrug vor allen Dingen für uns eine Wiedergutmachung der Welt in Frage kommt, ob wir nicht berechtigt sind, vor der Welt, vor den Mitunterzeichnern der Versailler Bedingungen eine Wiedergutmachung dieses unerhörten Betruges zu verlangen?

Die Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission.

Eine Eingabe an den Völkerbund.

Am 10. März tritt der Völkerbundsrat zu seiner nächsten Tagung zusammen; er wird sich auch wieder mit Saarfragen, u. a. mit der Neuerennung der Regierungskommission zu beschäftigen haben, da man sich über diesen Punkt auf der Dezembertagung nicht hatte einigen können. Von englischer und schwedischer Seite wird die Erziehung des Erstmannes für den Kleineidmister Hector, Land, durch eine geeigneter Persönlichkeit verlangt, ebenso ist für den zurückgetretenen Grasen Moltke-Huisfeld ein Erstmann zu bestimmen.

Von Anfang der Zwangsverwaltung des Saargebietes an ist von der Bevölkerung das den demokratischen Gesichtspunkten entsprechende Verlangen gestellt worden, daß ihr das Vorschlagsrecht für das saarländische Mitglied eingeräumt wird. Bisher ohne Erfolg. Die zu der interparteilichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen politischen Parteien (Zentrum, Sozialdemokratische und Saarländische Volkspartei) haben daher unter dem 14. April erneut folgende Eingabe an den Völkerbund gerichtet:

Die Vertreter der Saarbevölkerung haben in drei verschiedenen Denkschriften (am 24. Juli 1922, anfangs September 1922 und am 13. März 1923) den Hohen Rat des Völkerbundes gebeten, das saarländische Mitglied der Regierungskommission auf Vorschlag der gewählten Vertreter der Bevölkerung zu ernennen.

Die beiden ersten Denkschriften wurden an den Hohen Rat gerichtet, als die Wiederwahl des Herrn Dr. Hector zur Frage stand. Leider hat damals der Hohen Rat diesem Wunsche nicht entsprochen. Belannte mußte Dr. Hector zurücktreten.

Die Saarbevölkerung ist der Auffassung, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission der wirkliche und vom allgemeinen Vertrauen getragenen Vertreter der Saarbevölkerung in der Regierungskommission sein sollte. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß nur dann

Fähigkeit und Zuverlässigkeit des saarländischen Regierungsmitgliedes gewährleistet sind, wenn ein Kan didat der Bevölkerung ernannt wird. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Mitglieder des Hohen Völkerbundsrates, ja das Generalsekretariat des Völkerbundes selbst, sich nur schwierig ein objektives Urteil über die in Frage kommenden Persönlichkeiten bilden können, da für sie die eigene Informationsmöglichkeit gering ist, sie vielmehr immer wieder auf die Auskünfte der landsfremden Regierungskommission angewiesen sind. Trotz der mehrfachen Bitten der Saarbevölkerung hat der Hohe Rat des Völkerbundes in seiner Tagung, die am 15. April 1923 begonnen hat, zum saarländischen Mitglied der Regierungskommission Herrn Julius Land ernannt. Die Anhörung der Mitglieder der Regierungskommission vor dem Völkerbundsrat am 7. Juli 1923 hat ergeben, daß Herr Land, obwohl er sein ganzes Leben im Saargebiet zugebracht hat, sich nicht ein Urteil zutraute, ob die Roivordnung vom 7. März 1923 zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet, die so scharfe Kritik im Völkerbundsrat selbst gesunden hat, notwendig und angebracht sei; denn Herr Land hat sich damals seiner Stimme enthalten. Außerdem hat Herr Land als Vertreter der Saarbevölkerung in der Regierungskommission es nicht einmal verstanden, sich für die der arbeitenden Bevölkerung im Versailler Vertrag zugestilligten und vom Völkerbund angenommenen sozialpolitischen Grundsätze tatkräftig einzusehen. Herr Land hat nicht das Vertrauen der Bevölkerung. Diese Tatsachen allein beweisen, daß Herr Land nicht geeignet ist, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Lebrigens sind wir der Auffassung, daß die vom Völkerbund vertretenen demokratischen Prinzipien ihre wesentlichen Grundsätze darin finden, daß eine Bevölkerung nicht gegen

Ihren ausgesprochenen Willen regiert werden sollte. Der Vertrag von Versailles enthält keine Bestimmung, die es unmöglich macht, das saarländische Mitglied der Regierungskommission auf Vorschlag der Bevölkerung zu ernennen. Es bestehen somit keine rechtlichen Bedenken. Im Gegenteil: Wenn § 17 des Saarstatutes vorschreibt, daß der Regierungskommission ein aus dem Saargebiet stammender und dort ansässiger Nichtfranzose anzugehören hat, so ist der Sinn dieser zwingenden Vorschrift des Vertrages von Versailles doch der, daß dieses saarländische Mitglied der Regierungskommission ein wirklicher Vertreter der deutschen Saarbevölkerung sein soll. Die praktische Konsequenz dieser Vorschrift ist aber, daß die Saarbevölkerung oder wenigstens ihre gewählten Vertreter vor der Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission befragt werden.

Es ist nicht zu befürchten, daß ein von der Bevölkerung vorgeschlagener und vom Völkerbundrat ernannter Mann durch eine einleitige Einstellung die Arbeiten der Regierungskommission unmöglich machen würde. Die Saarbevölkerung hat bisher bewiesen, daß sie mit friedlichen Mitteln zu ihrem Rechte zu gelangen sucht. Die Vertreter der Saarbevölkerung haben ferner in ihren Arbeiten im Landesrat des Saargebietes gezeigt, daß sie auf das äußerste bestrebt sind, dem Wohle der Saarbevölkerung zu dienen. Ein Beispiel dieses aufrichtigen und ehrlichen Bestrebens besteht in der Tatsache, daß der Landesrat in der außerordentlich kurzen Zeit von 2½ Monaten elf grundlegende Steuergesetze in durchaus sachverständiger Weise bearbeitet hat. Daraus ergibt sich, daß die Saarbevölkerung sehr wohl erkannt hat, daß ihr nicht mit unschuldbarer Obstruktion gedient wird, sondern nur durch sachliche und ernste Mitarbeit.

Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß seitens der Saarbevölkerung nur solche Kandidaten vorgeschlagen würden, die

die Gewähr dafür bieten, daß sie die Interessen der Saarbevölkerung, soweit irgend angängig, durch sachliche und hingebende Mitarbeit zu fördern suchen würden.

Nachdem aus dem Bericht zu entnehmen ist, den Lord Robert Cecil unter dem 29. Dezember 1923 an das englische Parlament über die 27. Sitzung des Völkerbundrates erstattet hat, daß der Hohe Rat des Völkerbundes unserer Bitte, einen wirklichen Vertreter der Saarbevölkerung zu ernennen, zu willfahren gewillt ist, bitten wir erneut darum,

„der Hohe Rat des Völkerbundes möge die gewählten Vertreter der Saarbevölkerung um Vorschläge ersuchen, bevor er zu der Wahl des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission schreitet“.

Bei dieser Gelegenheit erneuern wir eine Bitte, die bereits am 13. März 1923 durch die hauptsächlichsten Fraktionen des Landesrates ausgesprochen worden ist. Wir haben damals darum gebeten, daß die gewählten Vertreter der Bevölkerung offiziell vom Rat in mündlichen Verhandlungen gehört werden. Begründet haben wir diesen Wunsch damit, daß bei den Entscheidungen des Rates in Angelegenheiten des Saargebietes eine objektive und sachliche Kenntnis der hiesigen Verhältnisse eine notwendige Voraussetzung ist, und daß die bisherige Berichterstattung der Regierungskommission die nötige Objektivität vermissen läßt. Wir erneuern daher unsere Bitte,

„der Hohe Rat des Völkerbundes möge vor seinen Entscheidungen in Saarfragen die gewählten Vertreter der Saarbevölkerung anhören.“

Wir glauben, daß diese Anhörung bereits zur Lösung der jetzigen Kandidatenfrage wertvolle Dienste leisten könnte.

Das amtliche Ergebnis der Landesratswahl am 27. Januar.

Am 18. Februar, also fast volle 3 Wochen nach der Wahl, hatte der Wahlausschuß zur Feststellung des Ergebnisses der Landesratswahl vom 27. Januar 1924 seine Arbeit beendet. Danach betrug die Zahl der Wahlberechtigten 378 459, von denen 255 659 ihr Stimmrecht ausgeübt haben. 254 858 Stimmzettel waren gültig, 801 ungültig.

Gewählt wurden:

Vom Zentrum: Levacher 112 407, Kiefer 111 360, Wilhelm 111 339, Karius 111 077, Beder 110 932, Martin 110 425, Rüters 100 918, Kratz 109 195, Scheuer 109 102, Glödel 108 631, Heinz 108 281, Gärtner 107 976, Seiwert 107 941, Thiel 107 808 Stimmen.

Von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei: Röhling 44 877, Schmelzer 42 269, v. Bopelius 41 184, Hüssong 40 069 Stimmen.

Von der Sozialdemokratischen Partei: Sender 48 064, Petri 47 296, Bieg 47 034, Hoffmann 46 858, Schneider 46 773, Brettar 46 742 Stimmen.

Von der Kommunistischen Partei: Reinhard 40 486, Ullrich 40 315, Sticher 40 298, Eisler 40 295, Heckler 40 292 Stimmen.

Von der Vereinigung von Hausbau und Landwirtschaft: Alber 12 113 Stimmen.

Der französische „Saarbund“ ist trotz aller Schiebungsversuche leer ausgegangen. Sein „offizielles“ Organ, der „Richert-Kurier“ spukt daher Wit und Galle. Er kündigt auch an, daß von Seiten des „Saarbundes“ die Wahl angefochten werden würde, wahrscheinlich, weil die französisch-saarländischen Streichkolonnen nicht ausgereicht haben, das so schlau, raffiniert und hinterlistig eingefädigte Wahlbetrugsmanöver im gewünschten Sinne durchzuführen.

Der neu gewählte Landesrat ist zu seiner ersten Sitzung auf Mittwoch, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden.

Nach den Wahlen zum Landesrat.

In einem Rückblick auf die Wahlen zum Landesrat rechnet die „Saarbr. Landeszeitung“ noch besonders mit dem französischen „Saarbund“ ab. Wir geben die Ausführungen, die sich zum großen Teil mit unserer hier zum Ausdruck gebrachten Auffassung decken, im Wortlaut wieder. Das Blatt schreibt:

Die Saarbevölkerung hat im Laufe der letzten Jahre auf politischem Gebiet Dinge kennen gelernt, die hier früher nicht bekannt waren. Was aber in den letzten Wochen vor und nach den Wahlen zum Landesrat an Unwahrheiten, Verdrehungen und politischem Unsinn von Leuten, die im Dienste der Westpropaganda stehen, zusammengebracht wurde, übersteigt alles bisher Erlebte. Es offenbart sich hier eine politische Verlumpung, die,

wenn dafür von gewissen Stellen auch in den nächsten Jahren Gelder zur Verfügung gestellt werden, noch herrliche „Blüten“ treiben wird.

Solange Herr Richert, der alles beherrschende Chef der französischen Propaganda, an der Saar weilte, drehte sich die Propaganda nur um die beiden Pole: „Los von Deutschland, — hin zu Frankreich“. Richert, der Generalstäbler, glaubte, daß die Kraft seines Kommissariats austrete, um die Saarbevölkerung in einigen Jahren so zu zermürben, daß sie ohne großen Widerstand in den Armen Mariannens landen würde. Er hatte, obwohl er ausreichende Summen, wahrscheinlich aus den Reparationsleistungen des deutschen Michels, verpulverte, damit an der Saar ähnliche „Erfolge“, wie sein großer Kollege de Mez in der Pfalz. Richert der „Demokrat“ traute sich in seinem Siegerübermut alles zu, und so zog er eines schönen Tages nach Bayern, um dort mit den ihm so verhaschten „Monarchisten“ ein Revolutionschöpfchen zu machen. Das war sein „Ende“. „Bergassessor“ Richert blamierte sich und mußte „offiziell“ aus dem Saargebiet verschwinden. Er wurde strafversetzt, landete als Regimentsführer in Kolmar und kommt jetzt nur ab und zu in sein „Königreich“ Saargebiet.

Jetzt begann für die Westpropaganda ein neuer Kurs. Ihr Sprachrohr aus der Parallelstraße gab den französischen Teil seines Textes auf. Weshalb auch französisch? Die Saarbevölkerung verzichtet auf französischen Unterricht von diesen Stellen und die zugewanderten Franzosen abonnieren erst recht keine französisch-deutsche Zeitung. Die Absicht, die Saarbevölkerung auf direktem Wege für Frankreich zu gewinnen, hat sich als ein Hirngespinst des Generalstäblers Richert herausgestellt und darum ist es erklärlich, daß die neuen Männer andere Wege gehen. Ihr Schlachtruf lautet: „Das Saarland den Saarländern!“ Damit hoffen sie bei politisch urteilslosen und wirtschaftlich abhängigen Elementen Eindruck zu machen. Diese die Geschäfte Frankreichs besorgenden Kreaturen stellen die Sache so dar, als ob sie die Retter des Saargebietes seien. Jedermann, der diesen ausgelegten Schwindel als das bezeichnet, was er in Wirklichkeit ist, wird von den Skribenten in der Parallelstraße als preußischer Heizer tituliert, der nur deshalb widerstrebt, weil er natürlich von Berlin bestochen sei. Wir lassen die Söldner der Westpropaganda beim Schopfe und sagen: „Tawohl, das Saarland den Saarländern!“ Je eher desto lieber möchte sich die Saarbevölkerung der Beherrschung und Ausbeutung durch Frankreich entziehen. In diesem Sinne sind die politischen Parteien, die gewählten Vertreter des Volkes, und die deutsche Presse bisher tätig gewesen und sie werden es auch für die Zukunft sein. Und ihr Saarländer, was habt ihr geleistet, um die Kohle, das Brot des Saarvolkes in den Besitz der Saarbevölkerung zu überführen? Was soll euer Schlagwort „das Saarland den Saarländern“, wenn die Kohle und alle großen Hüttenwerke dem französischen Kapitalismus überantwortet sind? Wicht ihr nicht, daß nach dem Ver-

frag von Versailles nur in dem Falle, daß das Saargebiet wieder dem Reiche unterstellt wird, Berg- und Hüttenwerke dem französischen Kapitalismus entzogen werden? Warum verschweigt ihr die wichtige Tatsache, daß jahls, wie ihr es wollt, an der Saar ein kleiner Staat geschaffen wird, Frankreich die Gruben behält und wir damit seine Lohnsklaven bleiben würden? Wo habt übrigens ihr Sonderbündler gestanden, als es in den letzten Jahren galt, die wenigen Rechte der Saarbevölkerung gegen französische Übergriffe zu verteidigen und zu behaupten?

Damit ihr wißt, wie man eure Taten beurteilt, sei es klar gesagt: „Euere Propaganda mit dem vorgetäuschten Ziele, „das Saarland den Saarländern“, ist Verrat an den Lebensinteressen des Saarvolkes. Es fehlt euch jede Kraft und auch der Wille, unsre Heimat dem Volle zu erhalten. Wo ihr euch zeigt, blickt ihr mit feiger Miene nach euerem westlichen Brüdern, um dessen Gunst zu erwerben, teils aus Dummheit, mehr noch aus Egoismus in der Absicht, eine gutbezahlte Stelle zu erhalten. Aus diesem Grunde sind eure Handlungen genau so zu bewerten, wie die jener Separatisten, die in der Pfalz und am Rhein, weil sie die Bevölkerung im höheren Interesse Frankreichs peinigten und jetzt von ihrem Beschützer Poincaré als Verräte preisgegeben werden, hingerichtet werden. Um den Saar separatischen für später jede Entschuldigungen zu nehmen, sei es ihnen deutlich gesagt, daß ihre heutige manchen noch harmlos erscheinende Tätigkeit den gleichen Zielen dient, wie die Propaganda, die jetzt an Rhein und Ruhr zusammengebrochen ist.

Für denjenigen, der die Presseerzeugnisse der Westpropaganda aus allgemeinen Interessen täglich verfolgt, ist es ergötzlich die Gehirnverrennungen zu beobachten, welche diese Soldatschreiber darin an den Tag legen. Nur einige Beispiele: Die Regierungskommission setzte für die Wahlen zum Landesrat an Stelle der gebundenen die freien Listen. Die Propagandeschreiber in der Parallelstraße sind über die „demokratischsten aller Wahlsysteme“ geradezu entzückt. In Leitartikeln preisen sie die Weisheit der Regierung, im Stillen aber denken sie, jetzt haben wir das Mittel, um die Führer der politischen Parteien, die die Welt über die französische Politik an der Saar austärteten, endlich fällig zu stellen. Es war ja auch gar zu schön: einige Saarbündler und Franzosen hätten genügt, um die Wahl in diesem Sinne zu fortsetzen. Wäre es so gekommen, hätte dies natürlich dem „Volkswillen“ entsprochen. Die Saarbevölkerung aber machte die westlichen Pläne zunichten. Sämtliche Führer der politischen Parteien wurden wiedergewählt, nur — der Saarbund blieb mit 0 Sitzen als „Sieger“ auf der Strecke.

Die Bauchschmerzen, die ob dieses Wahlausgangs bei gewissen Personen eingetreten sind, können wir verstehen. Wir haben leider keine Mitleid, selbst auf die Gefahr hin, daß nach diesem „glänzenden Sieg“ des Saarbundes die Gelder nicht mehr so reichlich fließen. In Paris soll die Bestürzung allgemein sein. Man rechnet dort: 150 000 Saarfranzosen im November 1918, 10 000 zugewanderte Franzosen, „gewaltige Massen“ organisiert im Saarbund und — doch nur 6904 Stimmen (die Westpropaganda schmäelt von annähernd 8000), von 30 Sitzen keinen einzigen! Wirklich, schlimmer konnte die Gesellschaft in der Parallel-

strafe nicht bestraft werden. Jetzt hagelt es Proteste. Die gemischten Stimmzettel sollten jetzt auf einmal ungültig sein. Vielleicht macht der Saarbund eine Wallfahrt nach Genf, damit die Männer vom Völkerbund auch von dieser Stelle über das herrliche Wahlsystem an der Saar informiert werden. Ob dann wohl wieder mit gebundenen Listen gewählt wird? Nach den neuesten Ergüssen hat sich der politische Klub der Saarbündler von diesem Schlag, den er bei den Wahlen erhielt, wieder etwas aufzurichten versucht. Es geht ihm wie dem Fuchs, der, weil die Trauben so hoch hingen, darauf verzichtete. Er läßt neuerdings verkünden, daß zwei bis drei Vertreter der saarländischen „Heimatpartei“ (lies Bund der Westpropaganda) im Landesrat sich gegen die „preußischen Schreihälse“ doch nicht durchsetzen könnten. Die Bevölkerung hat also doch recht gehabt, daß sie die Saarbündler nicht in die Verlegenheit brachte, in den Landesrat zu kommen. Diese Selbstberuhigung, die die Saarbündler hier anzustimmen, erntet allerdings recht wenig Glauben. Wir können uns im Gegenteil vorstellen, welche Freude in Trojas Hallen geherrscht hätte, wenn nur einer der Ihrigen hineingerauscht wäre.

Aufgabe des Saarbundes scheint (scheint? D. Schrift. b. S.-F.) es zu sein, die Saarbevölkerung für den Westen zu erobern. Als tägliche Kost werden ihr darum die „glänzenden Zustände“ in Frankreich vorgelebt, alle Einrichtungen in Deutschland dagegen so herabgewürdigt, als ob dort nur noch der Ausbund der Menschheit wohnen würde. Mit der „französischen Edelvaluta“, dem Franken, ist seitdem der Dollar auf 24 gesetzert ist, gar kein politisches Geschäftchen mehr zu machen. Die Saarbevölkerung hat die Nase voll: der Franken fällt, die Preise steigen, trotzdem wollen die französischen Kapitalisten keine Lohn- und Gehaltsaufstellungen bewilligen. Diese werden vielmehr abgelehnt — man höre und staune, wieweise —, damit der Franken nicht weiter fällt. Also die werktätige Saarbevölkerung soll zu niedrigen Lönen weiter schaffen, wenn auch die Preise steigen! Der Franken darf nicht weiter fallen, sonst könnte der französische Rentner aus seinem Wohlleben aufgescheucht werden! —

Der französische Kapitalist behandelt die Arbeiter human, so sagt die Westpropaganda; die deutschen Unternehmer verlängern die Arbeitszeit. Als ob nicht jedermann wüßte, daß die tiefste Ursache für alle Armut im Reiche der Schandvertrag von Versailles wäre. Das deutsche Volk muß hungernd arbeiten, weil Poincaré keinen betörten Anhängern für die nächsten 50 Jahre herrliche Zeiten versprochen hat. Doch Lügen haben kurze Beine. Kaum ist die Arbeitszeit in Deutschland verlängert, da wird in der französischen Kammer der Neunstundentag erörtert. Wie lange wird es dauern, und der französische Arbeiter erringt einen „neuen Sieg“ dergestalt, daß auch für ihn die Arbeitszeit verlängert wird. Die Soldatschreiber beim „Sar-Kurier“ sind merkwürdige Leute. Sie bilden sich ein, die Saarbevölkerung würde ebenso wie sie selbst ihre Überzeugung wie ein Hemd wechseln. Der Erfolg der Propaganda wird ausbleiben, denn Kreaturen, die ihre politische Überzeugung nach dem Geldbeutel orientieren, sind an der Saar glücklicherweise dünn gesät.

Besoldungsdiktat der Regierungs-Kommission für die Beamten.

Der Sturz des Franken und die damit verbundene Preissteigerung auf allen Warengebieten hatte die Beamten veranlaßt, durch ihre Organisationsvertreter um eine Erhöhung der Beamtengehälter bei der Reg.-Komm. vorstellig zu werden. Am 21. Februar fanden entsprechende Verhandlungen mit der Reg.-Kommission statt. Dabei lehnte diese die Forderungen der Verbände als finanziell „undurchführbar“ ab. Dagegen gab die Reg.-Komm. die Regelung bekannt, die sie für die künftige Besoldung der Beamten selbstherrlich getroffen hatte. Die Neuregelung der Kinderzulage für alle Kinder unter 16 Jahren ist geplant, aber noch nicht entschieden und auch kaum vor dem 1. August ds. Js. zu erwarten.

Nach der „Volksstimme“ beträgt die von der Reg.-Komm. mit Wirkung vom 1. Februar vorgenommene Erhöhung in Gruppe I 79, in Gruppe II 621 Fr. Wie der Generalsekretär der Reg.-Kommission selbst zugeben mußte, hat diese Regelung bei den Verbänden nicht die erhoffte Wirkung ausgelöst.

Sämtliche an der Verhandlung teilnehmenden Verbände lehnten denn auch die Annahme der vorgesehenen Regelung als eine endgültige ab.

Zu dieser Gehaltspolitik der Reg.-Kommission wird der „Saarbr. Landeszeitg.“ aus Beamtenkreisen u. a. geschrieben:

Die Verwaltung unserer Heimat ist einer Anzahl französischer Machthaber unterstellt, die uns täglich fühlen lassen, daß wir hier nichts zu sagen haben. Gewiß wird das Dekorum gewahrt und scheinbar verhandelt, aber das Ende jeder „demokratischen“ Aussprache ist ein Diktat. Was ist uns im Saargebiet nicht alles schon diktiert worden! Die erste Form der Volksbefragung durch die Kreistage, eine Umfrage von neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen auf dem Verordnungswege, darunter eine neue Wahlung, eine neue Wahlordnung. Warum soll man nicht auch eine neue Besoldungsordnung diktieren können? Besonders dann, wenn die Beamtenvertreter gar so viele unangenehme Einswendungen machen. Schade! Man hatte diesmal alles in Ruhe mit den Beamten abwickeln wollen. Der Landesrat hatte anlässlich der Besoldungsordnung der Kommunalbeamten soviel Kritik an der alten Besoldungsordnung geübt, daß man dem neuen Landesrat, der im wesentlichen die alten Gesichter zeigt, keine diesbezügliche Vorlage unterbreiten wollte. Zudem sind Beamtenvertreter auch viel zahmer, auch konnte man nicht länger mehr warten mit der Gehalts erhöhung! Und so ist es halt gekommen, wie es kommen mußte.

Die Regierung hat die Gehälter wieder diktierten müssen. Ein undankbares Volk! Statt dankbar hinzunehmen, was man gab, Protest! Protest selbst bei denen, die wochen- und monatlang demütig und wehmüdig um Aufbesserung gebeten hatten. An wen soll sich jetzt eine Regierung noch halten? An die oberen Beamten? Ob sie zufrieden mit dem Erhaltenen sind? Wie soll ein verheirateter Mann mit Kindern in Gruppe I mit 436—622 Franken monatlich auskommen? Damit kommt heute nicht einmal ein Prediger aus! Man sollte es gar nicht wagen, selbst einem ungelerten Arbeiter heute noch einen Lohn unter 600 Franken anzubieten! Wir wissen wohl, die große Masse der Arbeiterschaft blidt mit Neid selbst noch auf diese Gehaltsstabelle und seufzt laut oder leise: Hätten wir nur erst das! Zugegeben. Aber Regierung, französische Grubenverwaltung und Großindustrie ziehen an einem Strang. Hat ein Teil einmal nachgegeben, dann folgt auch bald der andere. Erhält das Gros der Beamtenschaft 15 Prozent Aufbesserung, so wird man sie dem Arbeiter auch nicht vorenthalten können. Dass die oberen Beamten entsprechend ihrer späteren Anstellung auch ganz erheblich besser bestohlt werden müssen, ist selbstverständlich. Nur wird es für die höheren Beamten ein peinigendes Gefühl sein in dem Augenblick, in dem die unteren Gruppen nicht einmal ihr Existenzminimum erreichen, einen höheren Prozentsatz Gehaltsaufbesserung zu erhalten als die unteren und mittleren Gruppen.

Wenn auch noch oben hin die Zahl der Beamten immer geringer wird, bei gleichmäßiger prozentueller Erhöhung der Gehälter also nicht viel einzupart gehabt wären zum Ausgleich der zahlreichen unteren Gehälter, so ist doch der obere Beamte viel leichter dem Verdacht ausgesetzt, hinter dem Rücken der übrigen Beamten-

schaft Sondervorteile erstrebt und erreicht zu haben, erlaubt durch Willkürigkeit und Indolenz an den öffentlichen Angelegenheiten. Womit wir durchaus nicht sagen wollen, dass alle oberen Beamten außerhalb der saarländischen Volksgemeinschaft stehen. Wir wissen es darum auch doppelt zu schäzen, wenn sie trotzdem als Führer aufzutreten wagen.

Das Grundübel alles Elends ist die Entwertung des Franken. Die Regierung war gewarnt. Sie hat uns den Franken diktiert. Sie trägt gegen Ende auch die Verantwortung für die Verschärfung der Arbeiter- und Beamtenschaft. Sie hätte vermutlich auch die Gehälter ganz anders erhöht, wenn sie nur würde, wann es bei dem Sinken ein Halten gäbe. In ihrer Blindheit (oder war es nur französische Politik?) hat sie auf die Stabilität des Franken vertraut und sogar die Goldklausen in den Steuervorlagen außer acht gelassen. Soht die französische Politik so weiter, sinkt auch der Franken so weiter. Dann erleben wir dasselbe Elend wie mit der Mark. Darum kann es nur eine Rettung geben: Aufgabe der Frankenwährung und Einführung einer Goldwährung. Was die Danziger beim Völkerbund durchleben konnten, sollte der neu gewählte Landesrat auch versuchen. Dabei darf er sich durch kein Geschrei der großen Geschäfts- und Industriewelt abhalten lassen. Diese können sich durch fortwährende Preiserhöhung schadlos halten, während alle Gehalts- und Lohnempfänger die volle Schwere der Inflation zu tragen haben.

Deutschland hat eine Rentenmark. Sie ist wie eine Erhöhung über das Volk gekommen. Wann naht auch unsere Rettung?

Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung.

Die Regierungskommission hat die Wahl der Herren Malermäister Schmelzer, Pfarrer Bungarten, Lehrer Altenbach und Gläsermeister Otto Meyer zu unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Saarbrücken nicht bestätigt, „angesichts der Haltung, die sie sowohl gegenüber der Regierungskommission wie auch gegenüber den durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen an den Tag gelegt haben“! Sie hat ferner die Bestätigung verhagt den Herren Lehrer Altenbach und Pfarrer Halle als Mitglieder des Schulausschusses, „da bei ihrer öffentlichen Tätigkeit keine er sprichtliche Tätigkeit für die Schule zu erwarten“ sei. Sie hat schließlich nicht bestätigt die Herren Kratz und Dahmen als unbesoldete Beigeordnete von Neunkirchen und Dr. Mag. v. Vogelius als unbesoldeter Beigeordneter von Sulzbach.

Es war zu erwarten, dass die Stadtverordneten von Saarbrücken und Neunkirchen diesen Eingriff in ihre Selbstverwaltung nicht ohne Protest entgegennehmen würden. In ihrer Sitzung vom 26. Februar nahm die Stadtverordneten-Versammlung von Saarbrücken eine Protestentschließung an, in der es heißt:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die öffentliche Tätigkeit der in Betracht kommenden verantwortlichen Mitglieder der Regierungskommission keinen sachlichen Grund zur Nichtbestätigung gibt und verwahrt sich dagegen, dass es ihr durch derartige lediglich von politischen Gesichtspunkten ausgehende Eingriffe der Regierungskommission unmöglich gemacht wird, die Männer ihres Vertrauens an die Stelle zu berufen, für die sich die betreffenden besonders eignen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht den Nichtbestätigten ihr Vertrauen aus und beschließt, sich beschwerdeführend an den Rat des Völkerbundes zu wenden.

Eine ähnliche Entschließung wurde auch von der Stadtverordnetenversammlung in Neunkirchen gefasst.

Die Maßnahme der Regierungskommission wurde von Pfarrer Halle in der fraglichen Stadtverordnetenversammlung treffend gekennzeichnet, wenn er aufführte:

Die Regierungskommission dreht nach dem Beispiel der französischen Verwaltung in der Pfalz den Spieß um, um die Schulden zu Unschuldigen und die Unschuldigen zu Schuldigen zu machen. Die Herren, deren Wahl beanstandet worden ist, haben mit ihrer Tätigkeit lediglich ausgedrückt, dass sie sich an den Völkerbund vertrag halten wollen. In diesem Punkte stehen wir vollkommen hinter den Herren. Der Regierungskommission ist das Saargebiet zu treuen Händen übertragen worden, d. h. sie soll den Besitzstand des alten Besitzes so verwalten, dass nichts von dem Besitzstand abgetan wird. In Wirklichkeit hat hier durch die Regierungskommission eine französische Politik eingesezt und die Herren sind nur deshalb nicht bestätigt worden, weil sie dieser französischen Politik entgegengetreten sind. Wir müssen aber ein für allemal betonen: Wir sind deutsch, wir haben ein deutsches Gewissen und dieses deutsche Gewissen zwingt uns zu unserer Stellungnahme. Im übrigen verlangen wir unbedingt, dass die Regierungskommission sich derartiger Eingriffe in rein städtische Angelegenheiten enthalt. Was sie erreichen will, ist offenkundig, es zu erreichen, wird ihr jedoch unmöglich sein.

Stadtverordneter Karins: Es handelt sich um eine bewusste und beabsichtigte Maßregelung politischer Persönlichkeiten. Nur die Leute sind der Regierung angenehm, die in engster Fühlung mit dem Saarland stehen. Wenn man Leute, die das Vertrauen von 99 Prozent der Bevölkerung hinter sich haben, maßregelt, so ist das ein Angriff auf die Ehrenhaftigkeit dieser 99 Prozent saarländischer Einwohner. Die Mitglieder des Völkerbundsrates werden dafür kein Verständnis haben, da solche Zustände in anderen Ländern einschließlich unmöglich sind. Präsident Rault hat in einer Aussprache erklärt, dass es das letzte Jahr sei, in dem er im Saargebiet bleibe. Wir müssen ihm auf jeden Fall das Zeugnis ausstellen, dass er der deutschen Sache im Saargebiet nicht geschadet hat!

Männer indem znowi nüm Lutne!

Das Saarland in Ketten.

In welcher Weise in Frankreich für die französische Saarpolitik Propaganda gemacht wird, geht aus einer Mitteilung des „Journal des Débats“ hervor, das sich bekanntlich ganz besonders der Saarfrage annimmt. Danach wird demnächst eine neue Monatsschrift unter dem Titel:

„La Sarre française“

erscheinen, die sich allerdings weniger mit dem Saargebiet als solchem, sondern angeblich nur mit den am lothringischen Lauf der Saar liegenden Gebietsstrecken beschäftigen soll. In einem an die zukünftigen Leser dieser Zeitschrift gerichteten Schreiben sagt der Gründer der Zeitschrift, die Saar sei, obwohl sie auf deutsches Gebiet übertrrete, französisch. Ihr Wasserlauf bemeße 80 Kilometer französischer Erde. Diese Strecke der alten lothringischen Erde sei, wie man wisse, deutches Sprachgebiet, aber die Herzen seien nichtsdestoweniger französisch. Der Gründer der Zeitschrift ist ein Herr Paul Wilmot aus Saargemünd. Der Redakteur des Blattes ist Herr Paul Bourson. Dieser dürfte mit dem gleichnamigen Straßburger Korrespondenten des „Matin“ und des „Journal des Débats“ identisch sein, der sich häufig mit Saargebietssagen beschäftigt.

Man sieht also: Frankreich versucht auf allen nur denkbaren Wegen für das Saargebiet Propaganda zu machen — man frage aber einmal in Deutschland nach, was dort für das Saargebiet geschieht.

Das französische Söldnerblatt berichtet über die

französische Theatersaison in Saarbrücken.

U. a. werden Gastspiele des Ensembles der „Comédie française“ und des „Théâtre de la Porte-Saint-Martin, l'Artevienne“ angekündigt bzw. besprochen. Aus früheren Erfahrungen weiß man, daß solche französische „Kulturpropaganda“ nicht vor sich gehen kann, ohne in wüsteste Beschimpfungen gegen Deutschland auszuklingen. Aus Argentinien hat kürzlich eine solche französische Gesellschaft schleunigst abreisen müssen, weil man dort für solche „Kunst“ absolut kein Verständnis hat. Saarbrücken aber hält Herr Heinz für solche antideutsche „Kunst“ anscheinend für den geeigneten Boden. Auch die französischen Grubensapellen sollen jetzt der Saarbevölkerung französischen Geist einblasen

Das Organ für Westpropaganda hat in seiner Redaktion anscheinend wieder eine Umgruppierung vorgenommen. Heinz Heinz zeichnet bescheidenweise nicht mehr verantwortlich; er hat sich anscheinend ganz auf seine „Directeur“-Tätigkeit zurückgezogen. An seine Stelle hat ein Dr. E. Boden die Verantwortung für den Handelsteil übernommen, während für das Feuilleton ein E. Ewert zeichnet, die Politik aber wird mit Besenstiel und Fauchenbrühe durch Herrn Lehrling W. Gobelin weiter gemacht. Es handelt sich durchweg um wahschichte „Saarbündler“, welche „Charakter“-Eigenschaft sie um so deutlicher erkennen lassen, seitdem der Richter-Kurier

offizielles Organ des „Saarbundes“

geworden ist. Jedenfalls erhielten die „Saarbündler“ ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

Gemäß Beschluss des Vorstandes des Saarbundes vom 29. 12. 23 ist jedes Mitglied der Partei verpflichtet, unser Parteiorgan, den „Neuen Saar-Kurier“, zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt, durch die Träger zugestellt, pro Monat 4 Frs., durch die Post 4,50 Frs. Dafür werden von den Mitgliedern keine Beiträge mehr erhoben, vielmehr wird ein Teil des Abonnementspreises zur Besteitung der der Partei erwachsenen Unterkosten abgeführt. Es ist selbstverständliche Pflicht eines jeden Saarbund-Mitgliedes, überall für sein Parteiorgan einzutreten und um seine Verbreitung ständig bemüht zu sein, denn eine Partei kann ohne eine starke Presse ihre Ziele nicht erreichen. Der „Neue Saar-Kurier“ kämpft für uns und un're Ziele! Gestellt deshalb sofort die Zeitungen des Hurra-Partiotismus, die Köchling- und Stinnes-Blätter, ab und leset nur unser Nachrichtenblatt, den „Neuen Saar-Kurier“. Der Vorstand. J. B. Wittburg. Sekr.“

Wir wissen nicht, ob auf Grund dieses Rundschreibens die Abonentenzahl des Organs für Wahlpropaganda bereits wesentlich über 233 hinausgegangen ist, wir wissen nur, daß das Söldnerblatt und seine Leser einander wert sind, denn welcher Art die

„Sarre-Separatisten“

sind, ergibt sich aus einer Meldung der „Saarbr. Ztg.“ Danach wurde auf der Grube Belsen kürzlich ein erst neu angelegter Bergmann, 17 Jahre alt, ungarischer Staatsangehörigkeit, als Dieb abgefahrt. Der Ungar war erst kürzlich aus Westfalen aufgezogen und war in dem Besitz eines Separatistenausweises, der aber nicht auf seinen Namen lautet. Der

Dieb wurde der Polizeiverwaltung übergeben, die ihn nach Völklingen ans Gericht abführte. Die „Saarbr. Ztg.“ fragt hierzu mit Recht: Wie kommt ein 17 Jahre alter Ungar in den Betrieb der Saargruben? Es sind doch im Saargebiet wahrlich Arbeitslose genug. Daß der junge Mensch im Besitz eines Separatistenausweises war, besagt genug.

Die „Westpfalz. Ztg.“ schreibt: „In „geheimer Mission“ sprach bei den Führerunternehmern in St. Ingbert ein Vertreter des Saarbundes vor, um für denselben zu werben. Nach den Zielen des Saarbundes gefragt, erklärte er, „da über dñe re man nichts sagen“. Wenn der Mann von sich aus auf Stimmensang ging, um sich ein rotes Röckchen zu verdienen, dann ist ihm zu empfehlen, sich ein anderes Verdienstfeld anzuschauen. Hier kann er mit dem Saarbund keine Geschäfte machen. Hat ihn aber die Grube geschickt, dann möge sie den Mann schleunigst in die Unfallversicherung aufnehmen, denn sein Geschäft ist hier für ihn mit allerlei Gefahren des Leibes verbunden.“

Und schließlich schreibt unter der Überschrift:

„Saarbeamter und — Separatist“

die „Saarbr. Ztg.“: „Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist der saarländische Gerichts-Asseessor Ferdinand Schmidt, der zurzeit wegen Erkrankung aus dem saarländischen Justizdienst beurlaubt ist, bei der „autonomen Regierung der Pfalz“ als Justizior und Ausweisungsdezerent beschäftigt. Es muß hier die Frage aufgeworfen werden, ob die Regierungskommission von dieser Tätigkeit eines beurlaubten Beamten Kenntnis hat. Wir nehmen an, daß dies nicht der Fall ist, denn ein wegen Krankheit beurlaubter Beamter muß sich, wenn ihm eine Tätigkeit wieder möglich ist, seiner Behörde wieder zum Dienst zur Verfügung stellen. Da ihm zudem eine Nebenbeschäftigung nur nach Einholung einer besonderen Erlaubnis gestattet ist, ist nicht anzunehmen, daß die Erlaubnis einem wegen Erkrankung vom Dienste befreiten Beamten gegeben werden könnte. Jedenfalls ist hier Anlaß gegeben, daß sich die vorgesetzte Behörde mit der Tätigkeit des betreffenden Beamten, die mit dem Grunde seiner Beurlaubung sich nicht verbinden läßt, einmal näher befahlt.“

Sollte die Regierungskommission wirklich so ganz ununterrichtet gewesen sein von dieser Art Urlaubsbeschäftigung des Herrn Schmidt? Nach verschiedenen anderen Vorfällen wäre es durchaus denkbar, daß der Mann auf höhere Anforderung in die Pfalz beurlaubt wird, wo ja Frankreich auch verschiedene den französischen Saarinteressen ähnlich gelagerte Pläne betreibt!

Die Zusammenarbeit zwischen Saarbündlern und Koblenz ist überhaupt schon mehrfach auffallend in Erscheinung getreten. Der Oberste Polizeiverwalter Adler scheint so nebenher noch Spieldienste für Herrn Tirard zu leisten. Sein Brief wegen der Saarturner, die Bespitzelung der Saardelegation in Paris, das Durchreiseverbot für Dr. Köchling und so manches anderes läßt sehr darauf schließen. Jetzt hört man von zahlreichen Verbreitungsverboten für saardeutsche Zeitungen in den besetzten Gebieten. So wurden von der Rheinlandkommission im besetzten Gebiet verboten: die „Saarbrücker Landeszeitung“, die „Saarbrücker Zeitung“ auf je einen Monat, die „Sar-Zeitung“ auf 6 Tage. Begründungen zu den Verbots wurden selbstverständlich für überflüssig gehalten.

Frage: Hat Herr Adler diese Verbote veranlaßt?

Ahnlich ist es mit der

Verhaftung eines geborenen Saarländers in Landau.

Es handelt sich um einen Raum aus Berlin der sich auf der Rückreise aus dem Saargebiet befand, wo er an den Landesratswahlen als geborener Saarländer teilgenommen hatte.

Der Beamte wurde nach Speyer gebracht und nach längerem Verhör wieder auf freien Fuß gelegt.

Gegen den Bankbeamten Reinhold Enerich in Mittelbergbach war von dem Obersten Polizeiverwalter die Ausweisung verfügt worden. Diese Ausweisung wurde aber wieder zurückgenommen und dem Beamten der Aufenthalt wieder gestattet.

Das Durchreiseverbot für Hermann Köchling aufgehoben.

Wie erinnerlich, war vor mehreren Monaten dem Abgeordneten des Landesrats Dr. Köchling und drei Bürgern aus Homburg das Betreten des besetzten Gebietes durch die Interalliierte Rheinlandkommission untersagt worden. In dieser Angelegenheit wurden dem Völkerbunde zwei Denkschriften überreicht unter Berufung darauf, daß den Bewohnern des Saargebiets die freie Durchreise durch das besetzte Gebiet durch den Versailler Vertrag gewährleistet sei. Eine grundähnliche Entscheidung dieser Frage

wäre wünschenswert gewesen, doch ist die Rheinlandkommission dem zuvorgekommen und hat das Verbot aufgehoben, wie aus einem am 21. Februar an den Abgeordneten Dr. Röhlings gelangten Schreiben der Obersten Polizeiverwaltung hervorgeht. Die Durchreise ist unter der Beschränkung erlaubt worden, daß die Bahnhöfe im besetzten Gebiet nicht verlassen werden.

Die französische Kapitalflucht

als Folge des Frankensturzes hat Rückwirkungen auch auf das Saargebiet. Um die Abwanderung französischer Geldnoten ins Ausland zu verhindern, hat Frankreich scharfe Grenzbestimmungen erlassen, die besonders auch an der Grenze der besetzten Gebiete scharf gehandhabt werden. Jede Ausfuhr von Franken ins unbesetzte Gebiet wurde verboten, Zahlung öffentlicher Abgaben an deutsche Behörden untersagt u. s. f. Wie schnell haben sich die Verhältnisse geändert! Leidtragende sind hierbei auch die Saar-deutschen, die sich nach dem unbesetzten Deutschland begeben wollen. In zahlreichen Fällen sind sie an der Grenze des besetzten Gebiets angehalten und ihrer Frankenbeträge beraubt worden. Schließlich hat aber die Rheinlandkommission Bestimmungen getroffen, daß Personen, die aus dem Saargebiet kommen und durch das besetzte Gebiet nach Holland oder dem unbesetzten Deutschland reisen, einen Betrag bis zu 5000 Frs. mitnehmen können. Sie müssen jedoch beim Grenzübergang aus dem besetzten Gebiet im Besitz einer Bescheinigung sein, daß sie das Geld ins besetzte Gebiet eingeschleppt haben. Diese Bescheinigung wird von der Zollstelle des Eintritts ins besetzte Gebiet ausgestellt.

Trotz aller Proteste befindet sich französische Besatzung noch immer im Saargebiet. Wie sich diese Herrschaften dort bemühnen, geht aus einer Veröffentlichung in der „Saarbrücker Zeitung“ unter der Überschrift:

Der Bürger-„Schutz“ durch die französischen Soldaten

hervor: Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, das Verhalten der französischen Militärpersonen etwas näher zu beleuchten, die anscheinend über ihre „Beschützer-Mission“ im Saargebiet nur mangelhaft unterrichtet sind. Zu dieser Sorte gehören offenbar die Rowdys im Wassenrod, die in der Nacht von Samstag auf Sonntag in der Werderstraße zu Saarbrücken 1 einen derartigen Skandal vollführten, daß sämtliche Anwohner aus dem Schlaf geschreckt wurden. Die Kerle machten ihrem Herzen nicht nur durch Johlen und Schreien, sondern vor allem durch den ganz neuartigen Sport Lust, mit dem Stiefel gegen die Haustüren zu vollern. So ist z. B. die Haustüre des Hauses Nr. 37 diesem Sport ausgiebig unterzogen worden, was den Stadtmachern noch außerordentlich imponierte. Aber nicht genug damit: als Abschluß des Radaus gaben die Herrschaften blindlings einige Revolverküsse in die Straße ab, die das größte Unglück hätten anrichten können. Nach dem Abzug der Soldaten wurde von Anwohnern ein unabgefeuertes Geschöß am Tatort gefunden, das sicherlich aus einem Rahmen herausgefallen ist. Das corpus delicti befindet sich auf unserer Redaktion und steht der französischen Gendarmerie zu Nachforschungen zur Verfügung. Obwohl in der Presse schon wiederholt auf Schießereien französischer Militärpersonen hingewiesen worden ist, hat man bis jetzt noch nichts von einer gelungenen Ermittlung oder gar Bestrafung der Täter vernommen. So etwas wäre bei dem vielgeschmähten, aber mustergültig disziplinierten deutschen Heere einfach unmöglich gewesen. Vor allem könnten der französischen Militärverwaltung die strengen Waffenvorschriften des deutschen Heeres vorbildlich sein, die ein scharfes Verbot an Militärpersonen enthielten, mit geladener Waffe herumzulaufen. Sogar während des Krieges war es den deutschen Soldaten im besetzten Gebiet bei strenger Strafe verboten, Munition mitzunehmen und zumeist mußte im Ruhequartier mit der Munition auch die Schußwaffe abgegeben werden! Vielleicht kümmert sich die Regierungskommission etwas darum, diesem vernünftigen Brauch auch im Völkerbundsgebiet an der Saar fünf Jahre nach Kriegsende mehr Gestalt zu verschaffen, damit der friedliche Bürger nicht Gefahr läuft, von einer zur Lustbarkeit abgefeuerten Kugel eines Tages über den Haufen geschossen zu werden.

Es ist schon mehrfach über die geradezu

verbrecherische Wohnungspolitik der französischen Bergverwaltung

geschrieben worden, die darin besteht, daß sie Häuser ausraubt und dann die Bewohner des Hauses ohne Recht und Gnade unter Umständen gewaltsam auf die Straße lebt. Und die Regierungskommission lacht — Verzeihung, schweigt dazu. Denn hier geht die Rechts- und Vertragsverletzung von einer französischen Behörde aus und sie richtet sich gegen die vogelfreien, rehlosen Boches. Was sollte sich die französische Regierungskommission

darum kümmern, das liegt nicht im Interesse Frankreichs. Durch Mitteilungen der „Saarbrücker Zeitung“ sind von der Bergverwaltung oder durch Zwangsurteil etwa 40 Familien aus ihren bisherigen Wohnungen entfernt worden, ohne daß ihnen eine andere Wohnung zur Verfügung gestellt werden konnte. Vor der Zwangsvollstreckung stehen weiterhin noch die Bewohner von etwa 20 Wohnungen, die ebenfalls ohne andere Wohnmöglichkeiten geräumt werden müssen. So soll z. B. das Haus Kanalstraße 30 in Saarbrücken, in dem vier Familien untergebracht sind, bis zum 1. April von den Bewohnern verlassen werden. Das durch solche rechtswidrige Methoden hervorgerufene Elend der Inassen der zusammengelegten Wohnungen ist bekannt. Geradezu skandalös aber ist es, wenn eine Familie drei Monate lang in einem Autospuppen der Waldstraße hausen muß, wobei bei einem Besuch ein Kind stark frierend aufgefunden wurde, oder wenn eine Frau in einem Flut niederkommen muß.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, einmal das Schicksal der

von der Regierungskommission beschlagnahmten Wohnungen zu verfolgen. In der Hohenzollernstraße 61 steht eine Wohnung mit zwei Zimmern und einer Küche seit längerer Zeit unbewohnt, weil der Inhaber (ein französischer Zollbeamter) im Ruhrgebiet Dienst tut und also für diesen Herrn wahrscheinlich auch an seiner neuen oder vorübergehenden Wirkungsstätte eine deutsche Wohnung beschlagahmt worden ist. In der Mecklenstraße 38 steht in der 2. Etage seit einem halben Jahre eine Wohnung frei, die, für einen Regierungsbeamten beschlagahmt, bis jetzt aber noch nicht bezogen worden ist. In der Meierstraße 45 hat eine beschlagahmte Wohnung fünf Monate leer gestanden, bis sie bezogen wurde. In der Hochstraße 37 ist eine Wohnung mit 3 Zimmern, Küche und Mansarde seit November unbewohnt, ebenso am Schloßberg 11 eine Wohnung (2 Zimmer und Küche) seit sechs Monaten und in der Schumannstraße 16 seit drei Monaten. Man darf angesichts des großen Wohnungselends hier wohl mit Recht Recht von einem Missbrauch der Beschlagahmungen sprechen, der dringend Abstellung erheischt. Es geht wirklich nicht an, Wohnungen über den Bedarf hinaus ziel- und wahllos zu beschlagahmen, zumal die Bürgerschaft von der Wohnungsnot gerade mehr wie genug helmsucht und bedrückt ist.

Ein treffende neutrale Kennzeichnung des „Saarbundes“.

Das „Journal de Genève“ schreibt in einem eigenen Bericht über die Saarwahlen:

„Man kann trotz der Förderung, die ihm die Regierungskommission zuteil werden ließ, nicht sagen, daß der „Saarbond“ für die politischen Parteien gefährlich wurde. Die Wahlen vollzogen sich immerhin zum Teil unter dem Losungsworte: „Keine Stimme den Vaterland verrät“, den unwürdigen Franzosenfreunden, welche die Zutreiber des französischen Imperialismus sind.“ Und es hat sich gezeigt, wie sehr volkstümlich die Verwaltung der Regierungskommission ist, welcher im Namen des Völkerbundes Herr Rault vorsteht. Die verschiedenen politischen Parteien hatten sogar einen Augenblick daran gedacht, gemeinsame Sache zu machen und nur eine einzige Liste aufzustellen, um die Gegnerschaft gegen Frankreich noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen.

Der Regierungskommission ist es also nicht gelungen, trotz aller Einmischung, den allgemeinen Geist der Bevölkerung zu beeinflussen, die mehr und mehr ihre Hingabe an das Reich und ihre Feindschaft gegen Frankreich bekennen. Diese Wahlen haben einen rein nationalen Charakter: Die Saar ist deutsch und im Augenblide der Volksbefragung 1935 wird die Meinung kaum verändert sein, denn man wechselt das Gemüth eines Volkes nicht in zehn Jahren aus, mag man auch der geschickteste aller Verwalter sein.“

Hierzu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

Dieses Urteil ist bemerkenswert wegen der Stelle, an der es erscheint. Denn das „Journal de Genève“ wird sonst an Geselligkeit des Tonos und des Urteils gegen Deutschland kaum von der wildesten Pariser Bloc-Presse übertroffen. Außerdem ist das Blatt allerdings das Organ des Völkerbundes, das sich vielleicht nach diesen Wahlen doch seiner Pflichten gegen die vergewaltigten Saarpreußen endlich etwas gewissenhafter erinnern und sich im Gegensatz zu der im Namen des Völkerbundes amtierenden Poincaré-Kreatur Rault darauf besinnen wird, daß „die Saar deutsch ist“.

Kleine Tageschronik.

Die „Saarland“ auf ihrer ersten Auslandsreise.

Die Ausgestaltung der Passagiersfahrt nach China und Japan ist eines der neueren Ziele der Hamburg-Amerika-Linie. Nachdem die Reederei bereits vor längerer Zeit mehrere vorwiegend der Frachtbeförderung dienende Motorschiffe und Dampfer mit kleiner Passagiereinrichtung in die Ostasiensfahrt einstellen konnte, hat sie türzlich mit dem Dampfer „Oldenburg“ ein Schiff auf den Weg nach dem Fernen Osten gebracht, das eine größere Anzahl Passagiere aufzunehmen vermag. Neuerdings ist nun ein weiteres Schiff dieser Art, der 7000 Br.-Reg.-T. große Turbinendampfer „Saarland“, fertiggestellt und nach erfolgreicher Probefahrt in die Ostasiensfahrt der Hamburg-Amerika-Linie eingereicht worden. „Saarland“ bietet in geräumigen und modern eingerichteten Kabinen über 50 Fahrgästen vorzügliche Unterkunft; ein behaglicher Speisesaal, ein gemütliches Rauchzimmer und ein elegantes Damenzimmer geben ausreichende Gelegenheit zur Entfaltung geselligen Bordlebens. Ein ausgedehntes Promenadendeck, eine Schlüsselbibliothek in deutscher und englischer Sprache und anderes mehr vervollständigen die Passagiereinrichtungen. „Saarland“ hat Ausgang Februar von Hamburg aus ihre erste Reise nach dem Fernen Osten angetreten.

Radio im Saargebiet. Nachdem die Radiotelephonie in Deutschland in kurzer Zeit weiteste Verbreitung erfahren hat und alltäglich durch den Deutschen Rundfunk in Berlin Konzerte, Vorträge, politische und Wirtschaftsnachrichten über ganz Deutschland gefunkt werden, hat man sich auch im Saargebiet ernsthaft mit der neuesten Errungenschaft der Technik beschäftigt. In Saarbrücken hat sich ein „Saar-Radio-Klub“ gebildet, der seine Mitglieder durch theoretische Vorträge und praktische Vorführungen mit dem Geheimnis der Radiotelephonie vertraut zu machen sucht. Allerdings hat sich auch hier die Regierungskommission schleunigt der Sache bemächtigt, damit sie sich nicht zu einer neuen Verbindungsmöglichkeit mit Deutschland auswächst. Im Saargebiet sind selbstverständlich nur französische Radio-Apparate zugelassen. Die Genehmigung, einen Radio-Empfänger aufzustellen, wird nur nach genauer Prüfung der politischen Zuverlässigkeit erteilt u. s. f. Es ist aber dennoch zu hoffen, daß das Saargebiet demnächst in die Reichsweite deutscher Radio-Wellen gelangen wird, wenn nämlich die neuen Sendestationen in Frankfurt a. M. und in Stuttgart in Betrieb genommen sein werden, was wahrscheinlich mit dem 1. April der Fall sein wird. Wenn die genannten Anlagen fertiggestellt sein werden, wird das ganze Gebiet zwischen Frankfurt und Stuttgart und zwischen Ansbach und Saarbrücken den Frankfurter wie den Stuttgarter Sender gleichzeitig empfangen können.

Ein weiterer Transport erholungsbedürftiger deutscher Kinder ist im Saargebiet angelkommen und in Saarbrücken, Riegelsberg und Sulzbach untergebracht worden. Die Kinder, 100 an der Zahl, kamen aus Magdeburg; die Aufnahme in Saarbrücken war ebenso herzlich wie diejenige der bisherigen Transporte.

Saarbrücken. Die Einweihung eines Kriegerdenkmals fand am 17. Februar in der Kirche St. Jakob, Saarbrücken 1, statt. Sie wurde vorgenommen von Pastor Schlich. Die Gedächtnisrede hielt in formvollendetem, die Herzen tief ergreifender Weise Herr Studienrat Heinrich Saarlouis. Er schilderte die heiligen Pflichten gegenüber den Gefallenen, die ihr Höchstes und Bestes für Volk und Heimat hingegeben haben; daraus leitete er die ernsten und tiefen Mahnungen her, welche die Opfer des Krieges und besonders die 224 Namen, die auf der Gedenktafel in St. Jakob eingegraben sind, an uns und die künftigen Generationen, besonders an die heranwachsende Jugend richten: Die Treue zu halten, die sie gehalten und für die sie gestorben sind. Treue dem Glauben und der Kirche, Treue ihrer Familie, ihrem Volk und Vaterland — Durch einen Schuß schwer verletzt wurde ein junges Mädchen aus der Moltkestraße, das in vorgerückter Abendstunde auf dem Nachhauseweg von Spichern über den großen Exerzierplatz ging und einem dort befindlichen französischen Posten zu nahe kam. Dieser schoß, als er auf seinen Anruf keine genügende Antwort erhielt, und verletzte das Mädchen schwer. Es konnte sich mühsam bis zu einer Wirtschaft in Ehrenthal schleppen, von wo aus es durch die Sanitätswache nach dem Rappertsberg-Krankenhaus gebracht wurde. Auch dieser Fall zeigt wieder, wie gering französischerseits ein deutsches Menschenleben eingeschätzt wird. — Nach einer Ausstellung der hiesigen Polizeidirektion sind im vergangenen Jahre folgende Festnahmen erfolgt: 497 wegen verschiedener Verbrechen, 2888 wegen Vergehen und 2211 wegen Übertretungen von Polizeinotschriften. Vorübergehend festgenommen wurden: 398 Personen wegen Vergehen und 3984 wegen Übertretungen. Die Zahl der Anzeigen war außergewöhnlich groß; sie überschritt die Zahl 15 000, und zwar wurden zur Anzeige gebracht 7807 Personen wegen Übertretungen, 6532 wegen Vergehen und 718 wegen Verbrechen aller Art. — Die Bevölkerungszahl Saar-

brückens betrug Ende Januar 1924: 122 295, die Zunahme 374 bei einem Geburtenüberschuß von 134. — Die Stadt Saarbrücken hat ein Preisauftreibes unter saarländischen Malern und Graphikern zur Erlangung von Gemälden und Graphiken zur Ausschmückung von Räumen im Neubau des Rathauses erlassen. Berechtigt an der Teilnahme sind auch solche Künstler, die im Saargebiet geboren sind, jetzt aber außerhalb des Saargebiets sich aufzuhalten. — Am 7. Februar wurde in Saarbrücken 1 ein Orchesterverein gegründet unter Leitung des Obermusikmeister Schulz, dem bereits 35 Musiker angehören. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, gute Musik zu pflegen und größere Volkskonzerte zu geben.

Sulzbach. Ein Unbekannter hielt in der Dunkelheit auf dem Wege zwischen Sulzbach und Dudweiler zwei Schulmädchen im Alter von 11 und 12 Jahren an und schnitt ihnen die Zöpfe ab. Es gelang noch nicht, den Täter zu ermitteln, da er nach dem Attentat in den Wald flüchtete.

Eppelborn. In dem kleinen Orte Nacherbach hatte sich eine 11jährige Schülerin vor Anfang des Unterrichts in den Schulsaal begeben, um sich zu wärmen. Die Kleider fingen am Ofen plötzlich Feuer, und ehe noch jemand zu Hilfe eilen konnte, hatte das Kind schwere Brandwunden erlitten.

Wemmetsweiler. Die Wasserversorgung der Gemeinde, die früher eine trostlose war, ist nunmehr durchaus sichergestellt. Die seinerzeit von dem Nutzengänger Herrn Oberleutnant a. D. Heinemann am Zeilwellerberge angegebene unterirdische Quelle ist nunmehr in 22 Meter Tiefe von der Firma Clemens Brebach erhobt und gibt nach vorsichtiger Schätzung 42 Sekundenliter, also etwa 320 Kubikmeter täglich. Die Quelle liegt 360 Meter ü. M.

Neunkirchen. Die Bevölkerungszahl hat im vergangenen Monat wieder eine kleine Zunahme erfahren. Anfang Januar war ein Stand von 39 754 Personen zu verzeichnen, Ende des Monats von 39 864. Abgesehen von dem Geburtenüberschuß sind 68 Personen mehr zugetragen.

Dillingen. Die Bevölkerungszahl der Bürgermeisterei ist im Monat Januar auf 12 485 gestiegen. Hierzu entfallen auf Dillingen 9335, auf Pachten 3510 Personen.

Düppenweiler. Die Düppenweiler Gemeindejagd, die jetzt wieder zur Verpachtung kam, wurde von mehreren Gastwirten von Saarlouis für 18 100 Jrs. gepachtet.

Saarlouis. Der Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Allgemeine Ortskrankenkasse ist hier geplant. Die Ausschreibung der Arbeiten ist bereits erfolgt.

Bedingen. Die hiesige Freiwillige Feuerwehr kann in diesem Jahre auf ihr 50jähriges Bestehen und Wirken im Dienste der Allgemeinheit zurückblicken. Das Stiftungsfest, das gleichzeitig verbunden wird mit dem zweiten Kreisverbandstag des Feuerwehrverbandes des Kreises Merzig, ist auf den 20. Juli festgelegt.

Niederhalbach. Eine rohe Tat ließ sich der Bergmann Ackermann zuschulden kommen. Er misshandelte seine Frau derart, daß sie verstarrt. A. befindet sich in Untersuchungshaft.

Losheim. Die Autoverbindung zwischen den Grenzorten Losheim und Wadern ist wieder aufgenommen worden, nachdem sie seinerzeit wegen Unrentabilität eingestellt worden war. Es finden täglich zwei Fahrten statt.

St. Ingbert. Frau Bahnverwalter Eisler hier beging am 21. Februar in geistiger und körperlicher Frische ihren 88. Geburtstag. — Im Alter von mehr als 80 Jahren ist das langjährige Stadtratsmitglied, Rentner Weidmann, gestorben. Herr Weidmann war noch einer vom alten Schrot und Korn, und wegen seines offenen und ehrlichen Charakters allgemein beliebt und geachtet. — Die Stadt St. Ingbert hatte die Stelle eines Flurausschülers ausgeschrieben. Es haben sich darauf nicht weniger als 68 Bewerber gemeldet.

Homburg. Der Stadtrat beschloß an Stelle des in die Zentralverwaltung berufenen Dr. Glaser einen Berufsbürgermeister anzustellen. In der Zwischenzeit wird ein Stadtrat, Weber, von der Volkspartei, ehrenamtlich die Geschäfte führen. Er hat die Wahl angenommen.

Bierbach. Ein schweres Unglück ereignete sich auf dem Bierbacher Bahnhof. Der 24 Jahre alte ledige Bergmann Albinus Becker aus Oberwürzbach wollte dort in den Arbeiterzug nach St. Ingbert einsteigen, verlor dabei aber seine Fahrkarte. Während des Suchens nach der Karte kam der Zug ins Fahren, Becker sprang ab und geriet dabei auf unaufgeklärte Weise unter den entgegenkommenden Saargemünder Zug, wobei ihm der Kopf abgerissen wurde.

Völklingen. Die Errichtung einer gewerblichen Berufsschule ist hier geplant. Zu diesem Zwecke wurde ein Haus in der Schulstraße zum Preise von 103 000 Franken von der Gemeinde abgelaufen.

Lebach. Im nahen Hüttendorf brach im Anwesen einer Witwe ein Brand aus. Das Wohnhaus nebst Scheune brannte nieder. Der Schaden ist sehr groß, da die Frau nur gering (noch in Mark) versichert ist.

Personalnachrichten.

„Der beste Kenner der Flora Rheinlands und Westfalens“.
Dr. F. Wirtgen, ist im Alter von 76 Jahren am 26. Januar in Bonn gestorben. Ihm widmet als großen Saarbrücker Studienreferendar Maria Lehnert in der „Saarbr. Landeszeit.“ eine kurze Lebensbeschreibung, die auf die Bedeutung des Verstorbenen eingeht. Dr. Ad. Wirtgen war am 7. Januar 1848 zu Winningen a. d. Mosel geboren als Sohn des weit über die Grenzen Europas hinaus bekannten Botanikers und Lehrers Dr. Ph. Wirtgen. Dr. F. Wirtgen studierte Pharmazie und er warb die Marktapotheke in St. Johann. Als Bürger der Stadt beliebte er mehrere Ehrenämter. Er war verheiratet mit Helene Pfeiffer, einer Saarbrückerin, in zweiter Ehe mit Anna Kunz, auch einer Tochter des Saarlandes, die ihm Mitarbeiterin, dann durch viele Jahre hindurch treue Pflegerin war. In den neunziger Jahren zog er sich aus seinem Berufe zurück, um sich ganz seinen botanischen Studien zu widmen. In seiner Naturbeobachtung, im großen wie im kleinen, war er geradezu ein Genie. Seine Studien galten unserer westdeutschen Flora, konzentrierten sich immer mehr auf die Gattungen Rosa, Mentha, Epilobium, zuletzt aber ausschließlich auf das große Gebiet der Farne (Pteridophyten). Hier galt F. Wirtgen unbedingt als Autorität; mit fast allen damals bekannten Farnlernern und Forschern stand er in Verbindung, sein Rat und seine Kenntnis wirkten entscheidend in manch schwierigen Fragen.

Auch um unsere westdeutsche und speziell Saarbrücker Flora hat sich Wirtgen unvergängliche Verdienste erworben. Leider war es ihm nicht vergönnt, die Ergebnisse seiner jahrelangen Forschungen noch zu veröffentlichen. Als Folge seiner unermüdlichen, rastlosen Arbeiten stellte sich eine schlechende Krankheit ein, die ihm schließlich die Feder aus der Hand nahm. In seinem Doktordiplom nannte ihn die philosophische Fakultät der Universität Bonn „den besten Kenner der Flora Rheinlands und Westfalens“. Ihm zu den Unrügen zählen zu können, darauf darf Saarbrücken stolz sein.

Pfarrer Rauch in Bildweiler †. Am 18. Februar ist der katholische Pfarrer Rauch in Bildweiler, im Alter von 57 Jahren, gestorben. Er wurde 1893 in Speyer zum Priester geweiht und erhielt seine erste Stelle als Kaplan in Bildweiler, wo auch seine letzte Stelle als Seelsorger sein sollte. Sein Streben war darauf gerichtet, daß es jedem seiner Pfarrkinder möglich gemacht wurde, seine Christenpflichten zu erfüllen. Daher sorgte er dafür, daß die Filialisten in Bildweiler, welche sonst nach Bildweiler zur Kirche mußten, ein eigenes Bethaus unter großen Opfern bauen könnten. In seiner Gemeinde hatte er sich die Liebe seiner Pfarrkinder in weitestem Maße erworben, was in der überaus zahlreichen Beteiligung bei seiner Beerdigung zum Ausdruck kam.

Gentmeister a. D. Paul Simon in Sulzbach ist im Alter von 62 Jahren unerwartet verstorben. Er war circa 28 Jahre ununterbrochen als Gemeinderentmeister im Dienste der Gemeinde Sulzbach tätig. Im Jahre 1919 konnte er sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern. Am 1. April 1922 trat er in den Ruhestand.

Zum Direktor des Allgemeinen Oberversicherungsamtes für das Saargebiet wurde Regierungsrat Hartmann ernannt.

Aus den Kommunalverwaltungen. Der frühere Bürgermeister aus Spiesen, Nicola, dem die kommissarische Verwaltung der Bürgermeisterei Dillingen übertragen war, ist als Bürgermeister von Dillingen endgültig ernannt worden.

Der älteste Beamte des Gußstahlwerks in Burbach ist der Materialienverwalter J. Reicht, i., der bereits 1887 Beamter auf der Burbacher Hütte war, und nach einem Leben treuer Arbeit nunmehr das 70. Lebensjahr vollendet hat. Seit Bestehen des Gußstahlwerks Burbach, das jetzt 25 Jahre in Betrieb ist, gehörte er diesem Werke an. — Mehr als vierzig Jahre ist die Margarete Vermer aus Thelen bei der Familie Hohl in St. Wendel in Diensten.

Goldene Hochzeiten. Das seltsame Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Seibel in Heiligenwald. Der Jubilar, der 32 Jahre Bergmann war, zählt heute 74, die Jubilarin 77 Jahre. Ferner der pensionierte Magazinausseher Adolf Seeler und seine Frau, geb. Kling, in Henne. Die Jubilare stehen im 73. Lebensjahr. Weiter die Eheleute Johann Schäfer in der Schillstraße zu Malstatt, sowie Johann und Barbara Zimberger in Nellschingen.

Die silberne Hochzeit feierten die Eheleute Johann Buchmann und Willenbacher in St. Ingbert und Jakob Kreber in Burbach.

Seinen 80. Geburtstag konnte der Fabrikant Heinrich Martin, in St. Ingbert, begehen. Noch immer steht der alte Herr mitten im Betrieb. Daß die Pfälzischen Pulversfabriken A.-G. St. Ingbert heute einen so hervorragenden Platz in der deutschen chemischen Industrie einnehmen, ist nicht zum geringsten Teil sein Verdienst.

Kirche und Schule.

Umwandlung des Ottweiler Seminars. Anfang April d. J. läßt die Seminaranstalt für Volkschullehrer in Ottweiler ihren Charakter als einer spezialen Lehr- und Bildungsanstalt ein; gleichzeitig wird auch die neben dem Seminar bestehende Präparandie aufgelöst. In Zukunft wird die Anstalt in eine allgemeine Studienanstalt umgewandelt sein, bei deren Lehrplan alle gelehrt werden. Auch „Vorbereitung“ für den Beruf des Volkschullehrers ist nicht ausgeschlossen, da eine Fachausbildung in besonderen Kursen folgen kann.

Die evangelische Kirchengemeinde Geisingen hat Aussicht, in der nächsten Zeit von der Kirchengemeinde Bischmisheim abgezweigt zu werden und einen eigenen Pfarrer zu erhalten. Die kirchliche Vertretung hat einen dahingehenden Antrag gestellt. Hindernis für die Selbständigmachung war der Wunsch des Gemeindeteils Neusechingen, mit Brebach kirchlich vereinigt zu werden, doch ist dieses Hindernis nunmehr beseitigt. Die Evangelischen zu Neusechingen haben fast einstimmig auf diesen Plan verzichtet. Die Kirchengemeinde Geisingen zählt über 2000 Seelen. Als Pfarrhaus soll das alte Schulhaus unter der Kirche umgebaut werden. Seit Dezember hat die Gemeinde einen Hilfsprediger in Herrn Geuthe aus Saarbrücken erhalten und durch ihre Vertretung einstimmig den Wunsch ausgesprochen, die Kirchenbehörde möchte denselben zum Pfarrer der Gemeinde berufen. In den Notzeiten des Dreißigjährigen Krieges ist Geisingen, das vorher eine eigene Pfarrei war, mit Bischmisheim verbunden und von dort aus verwaltet worden.

Mit der Errichtung der gewerblichen Fortbildungsschule in Sulzbach ist ein langgehegter Wunsch des Handwerkstandes in Erfüllung gegangen. Die Sulzbacher Schule kann nach dem Urteil der Fachleute in bezug auf ihre Einrichtung als eine der besten und vorbildlichen bezeichnet werden.

Die wirtschaftliche Krise an der Saar.

In unserer letzten Nummer wiesen wir auf Grund der aus dem Saargebiet vorliegenden Nachrichten darauf hin, daß infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer, unter denen das französische Kapital bekanntlich vorherrscht, eine reelle Krise unvermeidlich scheine. Die Lage hat sich kaum wesentlich verbessert, vielmehr ist die Stimmung unter der Saararbeiterchaft infolge der ständig steigenden Teuerung und der brutalen Ablehnung von Lohnhöhungen seitens der französischen Bergverwaltung noch gesetzter geworden. Von der Industrie ist zudem der geradezu unbegreifliche Versuch gemacht worden, mit Hilfe der Regierungskommission einen Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, da diese eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter vorgenommen hat. Auch die Gehaltsforderungen der Industrieangestellten, die eine Umstellung ihrer Gehälter auf die Goldmarkgrundlage verlangt hatten, sind alle abgelehnt worden. Die Lage der staatlichen Beamten und Arbeiter ist sehr schwierig. Die Verhältnisse werden von Tag zu Tag unhalbar; die Gewerkschaften haben daher die Regierungskommission um eine Aussprache gebeten. In einer Eingabe wurde betont, daß eine neue Wirtschaftskatastrophe ähnlich derjenigen während des Bergarbeiterstreiks im vorigen Jahre drohe, wenn die Arbeitgeberchaft nicht zur Nachgiebigkeit geneigt sei.

Die Besprechung bei der Regierungskommission fand am 12. Februar statt. Das Ergebnis war: die Regierung hat keinen Einfluß auf die Privatunternehmer. Insbesondere nicht auf den französischen Staat als Besitzer der Saargruben. Stattdessen, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben aufgebessert werden, sollen hier über 1000 Mann zur Entlassung kommen. Als einziges Mittel, die unhalbar gewordene Lage zu beseitigen, empfohlen Bergverwaltung und Regierungskommission Abbau der Kreise, da nach ihrer Ansicht die Kaufmannschaft, die nur aus Deutschen besteht, zuviel verdiente. Die Bläue, die damit versorgt werden, sind vollkommen klar. Frankreich möchte aus dem Saargebiet allmonatlich gewaltige Verdienste als Reparationen herauspressen, während man die schaffenden Schichten, die Erhöhung ihrer Löhne verlangen, gegen die Kaufmannschaft zu heften verucht. Auf die Bemerkung der Gewerkschaftsführer, daß falls nicht in den nächsten Tagen Lohnsteigerungen eintreten würden, eine Katastrophe unvermeidlich sei, konnte Präsident Rault nur erwidern, daß sich dann die Lage für die Beamtendekoration des Saargebiets weiter verschlechtern werde.

Die ganze Bewegung läßt mit aller Deutlichkeit die Absicht Frankreichs erkennen. Es denkt nicht nur an eine Ausbeutung der Saargruben, sondern es hofft und ist auf dem besten Wege dazu, die gesamte Saarbevölkerung auszubuten.

Die Regierungskommission zu den Forderungen der Arbeitervertreter.

Bei den Verhandlungen der Vertreter der Gewerkschaften mit der Regierungskommission über die schwierigen Lohnfragen im Saargebiet, die am 12. Februar stattfanden, war von den Gewerkschaftsvertretern angeregt worden:

1. Eine Instanz mit der sofortigen schiedsrichterlichen Beilegung des Konfliktes zu betrauen und die Möglichkeit von Verbindlichkeitserklärungen zu schaffen.

2. Die Regierung möge sofort eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit vornehmen, um dadurch den Achtstundentag zu sichern.

3. Die geplanten Entlassungen von 1100 Staatsarbeiter seien zu inhibieren.

Die Regierungskommission hat ihre Stellungnahme den Gewerkschaftsführern unter dem 14. Februar mitgeteilt, die dahin geht:

1. Die Regierungskommission kann sich die Ansichten der Kartellvertreter nicht zu eigen machen, welche sie um die Bildung einer Schiedsstelle zur Regelung von Arbeits- und Lohndifferenzen ersuchen, dessen Entscheidungen einen verbindlichen Charakter haben sollten. Sie ist überzeugt, daß die Errichtung einer solchen Schiedsstelle zu der Aufhebung des Streik- und Koalitionsrechtes der Arbeiter führen müsse.

Die Regierungskommission hat aber die Absicht, die bereits angestellten Prüfungen weiter zu verfolgen, um die im Saargebiet bereits erlassenen Bestimmungen, betr. das Vermittlungsverfahren und den Schiedspruch — ohne verbindlichen Charakter — in Arbeits- und Lohndifferenzen zu vereinheitlichen und zu verbessern.

2. Die Regierungskommission erinnert daran, daß der Achtstundentag im Saargebiet tatsächlich angewandt und eingehalten werde.

Die Regierungskommission ist geneigt, die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes ins Auge zu fassen, welches den Grundsatz des Achtstundentages festlegen würde, jedoch unter Zulässigung gewisser Abweichungen, welche die geographische wie wirtschaftliche Lage des Saargebietes notwendig machen würde. Sie ist überzeugt, daß die Arbeiterschaft mit ihr einsehen werde, daß nichts mehr den Arbeiterinteressen schaden würde als eine solche Arbeitsregelung, durch welche das Saargebiet außerstande gezeigt würde, den Wettbewerb mit den Nachbarländern aufzunehmen und seine Erzeugnisse auszuführen.

3. Was die vorgesehene Entlassung von Eisenbahnpersonal betrifft, so wird diese zum allergrößten Teil zu einem Zeitpunkte stattfinden, an welchem die Arbeitsgelegenheiten günstigere sein werden.

Es werden Maßnahmen ergriffen, um nach Möglichkeit den entlassenen Arbeitern eine neue Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Personalabbau bei den Saarbahnen.

In dem Haushalt der saarländischen Bahnen ist vorgesehen, daß im laufenden Jahre etwa 1100 Eisenbahner abgesetzt werden sollen. Der Abbau soll in der Weise erfolgen, daß bis zum 1. April 400 Arbeiter entlassen werden sollen. Bei der Entlassung kommen zunächst die Kräfte in Frage, die während und nach dem Kriege eingestellt worden sind.

Als am 8. d. M. von der Regierungskommission die Verfügung betr. Entlassung von 900 Arbeitern herauskam, wurde sofort von den drei vertraglich bindenden Gewerkschaften zuerst bei der Eisenbahndirektion und darauf bei der Abteilung Dörfliche Arbeiten gegen die Entlassungen protestiert. Da bis zum 11. Februar noch keine Antwort auf den Einspruch eingegangen war, wurde von den Gewerkschaften eine schriftliche Eingabe durch die Abteilung Dörfliche Arbeiten an die Regierungskommission gemacht. Auf diese Eingabe ist bis jetzt noch keine Antwort erfolgt.

Heute hat es sich bereits herausgestellt, daß mit dem zurzeit bestehenden Personalbestand eine geregelte Fortführung der Werkstätten Saarbrücken unmöglich ist. Von dem Arbeiter- und Beamtenaustausch dieser Werkstätte wurde bereits im Januar d. J. eine Eingabe in dieser Angelegenheit an die Eisenbahndirektion gerichtet. Genau so liegen die Verhältnisse in den anderen Werkstätten.

Wie widersprüchsvoll die Maßnahme des Personalabbaus auf den Saarbahnen ist, ergibt sich auch aus einer anderen Tatsache. Mehrfach mußten bekanntlich auf den Saargruben Reiselschichten eingelegt werden, und zwar wegen Wagenmangel. In einem französischen Bericht über die Lage auf den Saargruben wird u. a. gesagt, daß die Lieferung von Saar Kohlen an Frankreich zurzeit rund 45 Prozent beträgt und daß man gern mehr nach Frankreich liefern möchte, aber es fehlt an der Wagengestaltung. Es ist schwer einzusehen, daß diese Wagengestaltung nach Entlassung von 1100 Eisenbahnhern besser sein wird.

Steigende Überschüsse der Saargruben — Für Lohnerhöhungen kein Geld!

Der franz. Senat hat am 12. Febr. einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines Büros für die staatlichen Gruben im Saargebiet angenommen. Der neue Gesetzentwurf stellt die Saargruben nicht nur unter die Kontrolle, sondern unter die direkte Hoheit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Die Kammer hatte Verfügungen überlassen hätten. Der Senat zog jedoch die Festlegung des Staatsbetriebs vor, da sich dadurch die mit den Saargruben verfolgten politischen Ziele erfolgreicher durchführen ließen.

Der Berichterstatter machte im einzelnen noch folgende Angaben: Die jährliche Kohlenförderung der Arbeiter stieg von 480 Kilogramm des Jahres 1920 auf 620 Kilogramm im Jahre 1922. Es wurden nicht nur sämtliche Vorschüsse an den Staat zurückbezahlt, sondern im Jahre 1921 sogar Überschüsse von 20 Millionen Franken erzielt. Der Arbeitsminister erklärte, der Einfuhr von Saarkohle nach Frankreich die weitgehendsten Erleichterungen schaffen zu wollen. Es sollten alle denkbaren Verbesserungen geschaffen werden, um die Zufuhr der Saarkohle auf dem Land- und Wasserwege nach Frankreich in größtem Maßstabe zu ermöglichen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten betonte hauptsächlich die Möglichkeit, die Saargruben als Regulator des Kohlenmarktes in Frankreich zu verwerten. Er drückte die Hoffnung aus, zu einer Vereinbarung hinsichtlich der Anwendung des Tarifs P. B. 7 — 107 mit den saarländischen Eisenbahnen zu gelangen; diese Anwendung bildete bekanntlich den Gegenstand langer Verhandlungen und begegnete namentlich in der Regierungskommission des Saargebiets der Opposition des kanadischen Delegierten Waugh, der jetzt zurückgetreten ist.

Diese Ausschüsse des franz. Ministers sind von besonderem Interesse; sie bedeuten nämlich, daß das frühere kanadische Mitglied Waugh sich dagegen gewehrt hat, daß die für Frankreich bestimmte Kohle auf den Saarbahnlinien zum Schaden der saarländischen Steuerzahler zu Ausnahmetarifen befördert würden, während die Saargebietbewohner den vollen Preis zahlen sollten. Le Trocquer bestätigt mit diesem Angriff gegen Herrn Waugh, daß dieser seine Pflicht zum Wohle der Bevölkerung erfüllt hat, was von den übrigen Regierungskommisisonmitgliedern nicht gesagt werden kann.

Was der Bericht über die wachsenden Überschüsse aus den Saargruben sagt, gewinnt eine besondere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die französische Grubenverwaltung in Saarbrücken alle Anträge auf Lohnerhöhung mit der Begründung ablehnt, die wirtschaftliche Lage der Gruben lasse eine Lohnerhöhung nicht zu, wie dies noch in Verhandlungen am 13. Februar zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Forderungen der Bergarbeiter um eine Erhöhung der Löhne von 5 Franken wurden glatt abgelehnt, obwohl sie bei der ständig fortlaufenden Entwicklung des Franken und der damit verbundenen steigenden Tenorung durchaus begründet sind. Die Vertreter der Bergwerksverwaltung stützen über schlechte Geschäftslage und erwähnten, daß augenblicklich in Frankreich die Kohlenpreise abgebaut würden. Sie erkannten die Notlage der Arbeiter an, seien aber nicht in der Lage, augenblicklich eine Lohnerhöhung zu gewähren. (In der Kammer aber berichtet man, um durch glänzende Erfolge der französischen Saarpolitik die Abgeordneten bei guter Laune zu erhalten, von der glänzenden Geschäftslage der Saargruben!) *

Kündigung des Tarifvertrages im Saarbergbau.

Nachdem die französische Bergverwaltung die Forderung der Bergarbeiterorganisationen auf Erhöhung der Löhne abgelehnt hatte, kündigten die Bergarbeiterorganisationen den Tarifvertrag mit der Bergverwaltung.

Im ganzen Revier fanden bereits Vertrauensmännerversammlungen des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter statt. In den zur Annahme gelangten Entschließungen wird u. a. gesagt:

Von der ablehnenden Haltung der Bergwerksdirektion in der Lohnfrage wird mit Entrüstung Kenntnis genommen. Es erscheint ihr die Haltung der Bergwerksdirektion angesichts der wirtschaftlichen Notlage, in der sich die Arbeiterschaft zurzeit befindet, unerklärlich. Sollte die Verwaltung auf ihrem Standpunkt verharren, dann trägt auch sie allein die Verantwortung für die Folgen, die sich hieraus ergeben. Die Konferenzteilnehmer sind bereit, zur Erfüllung ihrer gerechten Forderung auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, nicht zurückzuschrecken. Von der Regierungskommission erwartet die Konferenz, daß auch sie sich für die gerechten Forderungen der Bergarbeiter mehr wie in der Vergangenheit einzusehen möge, da

sie doch das Wohl der Bevölkerung zu wahren habe. Bergwerksdirektion und Regierungskommission rufen wir zu: „Allzustraff gespannt, zerpringt der Bogen!“

Aehnlich lautende Entschließungen wurden auch in zahlreichen anderen Belegschaftsverammlungen gefaßt. Ueberall kam zum Ausdruck, daß der Lohn unzureichend ist und die Bergverwaltung sehr wohl in der Lage sei, eine Lohnauflösung vorzunehmen, zumal auch die Industrie sich der Notlage ihrer Arbeiterchaft auch nicht länger verschließen konnte. An den Forderungen höherer Löhne, bessere Behandlung und Schaffung einer Schlichtungsstelle hielten die Bergleute unveränderlich fest. Es wurde aber auch ausgesprochen, daß, wenn diese Hoffnung trügt, man gewillt sei, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Unter den Belegschaften der Gruben Heinrich und Dethen herrscht eine starke Erregung über zahlreiche gründlose Entlassungen, von denen auch Belegschaftsmitglieder betroffen wurden, die schon über 30 Jahre auf der Grube tätig sind und noch nicht eine einzige Strafe erhalten haben. Für die Entlassungen wurden die nichtigsten Gründe angegeben und auch in Fällen erwiesener Schuldlosigkeit ist nach der „Saarbr. Ztg.“ eine Rüdnahme der Maßregelung nicht erfolgt. Anscheinend hofft man, dem Verband der Saarbergarbeiter (Saarbündler) durch dieses System, das zu ernstlichen Auseinandersetzungen führen muß, Mitglieder zuguttreiben.

Frissierte wirtschaftliche Situationsberichte. Für die französische Propaganda gibt es kein Gebiet, das nicht für ihre Zwecke missbraucht wird. Ebenso wahrheitswidrig wie die Lagenberichte der Regierungskommission für den Völkerbund sind die Uebersichten über die Wirtschaftslage an der Saar, wie sie von der französischen Handelskammer für das Saargebiet aus politischen Gründen im „Saarturier“ veröffentlicht werden. Kürzlich veröffentlichte sie einen Bericht über die Lage der Saar-Eisenindustrie, in denen es u. a. heißt: Die Eisenwerke des Saargebietes sind, gleichwie die lothringischen Hütten, zurzeit außerordentlich beschäftigt. Auf allen Gebieten liegen starke Bestellungen vor. Ursache dieses vorzüglichen Geschäftsgangs sind die Auslandsaufträge, hauptsächlich für englische Rechnung; aber auch Deutschland hat ziemlich bedeutende Bestellungen gemacht.

Damit vergleiche man die Begründungen der Ablehnung von Lohnerhöhungen für die Arbeiter, besonders der französischen Werke, und ferner eine Notiz, die nur wenige Tage später im gleichen „Saarturier“ erschien: Im Eisenwerk Homburg sind die bereits vorausgesagten Kündigungen erfolgt, und zwar wurden hiervon 200 Arbeiter des Schraubenwerkes betroffen, das unter Mangel an Aufträgen leidet. Dem Vernehmen nach stehen weitere Kündigungen und Entlassungen bevor. — Also aus propagandistischen Gründen berichtet man über außerordentlich günstigen Geschäftsgang, wegen Mangel an Aufträgen aber werden Hunderte von Arbeitern entlassen. — Von einer gewissen politischen Bedeutung ist noch eine Mitteilung im „Saarturier“, wonach auf dem saarländischen Schrottmarsch verhältnis vorhanden ist, der seinen Hauptgrund in den großen Vorräten aus den Ruhr-Beschlagnahmungen hat. Die von französischen Besatzung im Ruhrgebiet geraubten Halb- und Hartgärfabrikate wurden bekanntlich vielfach als Schrott verkauft. Da man diesen Raub in Frankreich nicht respektlos unterbringen konnte, die französischen Schrotthändler sich zum Teil auch gegen diese Konkurrenz zur Wehr setzte, so überschüttete man damit auch das Saargebiet.

Die Nöcklingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen haben angesichts der Notlage der Arbeiterchaft von sich aus eine zehnprozentige Erhöhung des Gesamtverdienstes für die Monate Februar und März vorgenommen. Auch die Frauen- und Kinderzulagen werden entsprechend erhöht.

Neugründung in der saarländischen Glasindustrie. Unter der Firma Richard hütte für Glassfabrikation A.-G., Sulzbach, wurde mit einem Aktienkapital von 1 Million Fr. eine neue A.-G. gegründet. Die Gründer gehören zum Kreise der Gesellschafter der Vereinigten Vopelusischen und Wenzelschen Glashütten G. m. b. H. in Sulzbach. Vorsitzender des Ausschusses ist Herr Karl Vopelius. Weiter sind im Ausschussrat vertreten die Herren Dr. Max von Vopelius und Leo Wentzel.

Aus dem Saarbergbau.

Ueber die Lage am Saarkohlenmarkt berichtet die „Journée Industrielle“: Die Preise für Saarkohle sind seit 1. Januar unverändert. Es scheint aber, als läge es der Minister für öffentliche Arbeiten gern, wenn sich auch die Saargruben der Kohlenpreiserhöhung anschließen könnten. Aber man muß bemerken, daß die Frankenspekulation und verschiedene soziale Schwierigkeiten eine Preisteigerung im Saargebiet hervorgerufen haben; dadurch sind die Gestehungskosten der Saarkohlen, die bisher relativ sehr niedrig waren, augenblicklich recht hoch. Dazu haben die saarländischen Bergarbeiter jetzt

noch den Tarifvertrag gekündigt, weil sie eine Lohnerhöhung fordern. Der Verband der Saarkohlen nach Frankreich, wo man die englischen Kohlen gern durch die Saarkohlen vertreiben und erlösen möchte, ist infolge des Waggonmangels unbeständig. Die Gruben könnten täglich 55 000—60 000 Tonnen nach Frankreich versenden, der Waggonmangel gestattet aber nur den Verband von täglich etwa 40 000 Tonnen.

Die üblichen Oder französischen Raubbau. Einen schweren Unfall erlitt auf der Grube Welsen beim Schieben von Kohlen der Bergmann Karl Weber aus Ludweiler. Durch das vorzeitige Losgehen einer Sprengpatrone wurde ihm die linke Hand ganz zerschmettert. Sein Kamerad namens Zweer kam mit leichten Verletzungen davon. — Auf der Grube Ensdorf verunglückte der 30 jährige Bergmann Wilhelm Schmidt aus Griesborn tödlich. Er war in der Grube als Autoführer (Benzolmotoren) beschäftigt. Er hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Die Förderung auf den Saargruben im Dezember. Nach den statistischen Feststellungen wurden im Dezember v. J. auf den Saargruben insgesamt 956 298 Tonnen Kohle gefördert, das bedeutet gegenüber dem Monat November einen Förderungsrückgang um 120 298 Tonnen, für den in erster Linie der Waggonmangel und die dadurch bedingten Feierschichten verantwortlich zu machen sein dürften. Auf der andern Seite aber ist er auch zurückzuführen auf die zunehmende Erregung innerhalb der Bergarbeiterchaft über die schroff ablehrende Haltung der französischen Bergverwaltung gegenüber den berechtigten Forderungen auf Erhöhung der Löhne.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

30 Jahre Schuhverein für Handel und Gewerbe. Am 24. Februar konnte der Schuhverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet e. V. auf sein dreihundertjähriges Bestehen zurückblicken. Am 24. Februar 1894 hauptsächlich zwangsweise Befreiung des unlauteren Wettbewerbs gegründet, hat sich der Verein aus kleinsten Anfängen zu einer der größten Wirtschaftsorganisationen des Saargebietes entwickelt, die sich heute mit ihren 22 Ortsvereinen und 12 Fachverbänden über das gesamte Saarland erstreckt und rund 2500 Mitgliedsfirmen zählt. Entsprechend hat sich auch das Arbeitsfeld des Schuhvereins geweitet, das heute das Gebiet der Wirtschafts- und auch Sozialpolitik im wesentlichen umfaßt. Vor allem in den Jahren nach dem Kriege hat der Schuhverein angeblich der durch den Versailler Vertrag geschaffenen besonderen Verhältnisse eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt, die sich in Zukunft voraussichtlich noch steigern darf, da die saarländische Wirtschaft sicherlich noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Aus Anlaß seines Jubiläums hat der Schuhverein seine Zeitschrift „Der Saarhandel“ in einer Sonderausgabe erscheinen lassen, deren Inhalt auch über den engeren Kreis von Handel und Gewerbe hinaus Interesse beanspruchen darf.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland geht aus einem Gutachten der Handelskammer Trier hervor. Danach haben umfangreiche Untersuchungen der Kammer dargetan, daß das Wirtschaftsleben des Trierer Bezirks ohne Verbindung mit dem Saargebiet und dem unbesetzten Deutschland nicht lebensfähig ist und bei weiterer Fortdauer der Rheinzollgrenze erdrosselt zu werden droht. Die Kammer empfiehlt daher dringend, durch Verhandlungen zwischen Paris und Berlin eine Milderung oder Aufhebung der herrschenden Verhältnisse zu schaffen. Zudem müsse auf einer Hinauschiebung des Zollabschlusses des Saargebietes hingewirkt werden.

Für jeden Kenner der wirtschaftlichen Struktur ist das Ergebnis dieser Untersuchungen der Trierer Handelskammer nicht überraschend; wenn trotzdem von französischer bzw. von saarländischer Seite alles getan wird, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit seinem natürlichen Nährboden restlos zu zerstören, so erkennt man daraus am besten die politischen Absichten der Saargebietssregelung nach den Versailler Vertragsverhandlungen.

Sport.

Aus der St. Johanner Turnerschaft. In diesem Jahre kann die St. Johanner Turnerschaft auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1874 gegründet, nahm die Turnerschaft verhältnismäßig rasch einen großen Aufschwung und Jahrzehntelang stand sie mit an der Spitze der Vereine des Saar-Bries-Gau. Der Krieg brachte dem Verein außerordentlich schwere Verluste, die tückigsten Kräfte erlitten den Tod auf dem Schlachtfelde. Unter vielen Verlusten hat der Verein noch heute zu leiden, hat er doch gerade die Blüte seiner Turner verloren, für die vollgültigen Erfolg zu schaffen es Jahre ernster und angestrengter Arbeit bedarf.

Eine Saarwoche in Hamburg.

Eine Saarwoche in Hamburg fand am 23. Februar 1924 mit dem für diesen Tag festgelegten Auslauf des neuen *Haapag-Dampfers „Saarland“* ihren Abschluß. Auf Veranlassung des Vereins für das Auslanddeutschum hatte der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Verwaltungsdirektor Vogel, in der Zeit vom 18. bis 23. Februar 1924 für die Schüler und Schülerinnen der Hamburger höheren Lehranstalten eine Vortragsreihe über „Die Geschichte und wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets und sein Schicksal auf Grund der Bestimmungen des Versailler Diktats“ gehalten. Diese Vorträge haben bei der Hamburger Jugend einen außerordentlich nachhaltiger Eindruck hinterlassen, und es darf als ein großer Verdienst des Vereins für das Auslanddeutschum verbucht werden, daß er der bejubten Gebiete durch besondere Vortragswochen in solcher Weise gedenken läßt. Es waren für den Redner und für die Schüler erhebende Stunden. Besonders glänzend war die Saartundgebung in der Aula der Oberrealschule in Eppendorf, wo sie mit einem Vortrag auf der Orgel eingeleitet und mit dem Deutschlandlied mit Orgelbegleitung geschlossen wurde. In diesen Schülervorträgen erinnerte Verwaltungsdirektor Vogel zunächst an das Wort eines früheren Außenministers, „daß Versailler Friedensdiktat müsse auf jede Schulbank gelegt werden, um der deutschen Jugend immer wieder zuzurufen: „Gedenkt des Schmachtfriedens von Versailles.“ Der Friede von Versailles sei kein Frieden, sondern ein Verbrechen und der unheimlichste Wortsprung der Weltgeschichte, dem das deutsche Volk zum Opfer gefallen sei. Für die unseligen Folgen der Bestimmungen dieses Friedensdiktates seien der beste Beweis die traurigen und beläugenswerten Zustände in unserem ferndeutschen Saargebiet. Nach eingehenden Darlegungen der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Diktats über das Saargebiet und seine furchtbaren Auswirkungen wies Redner besonders auf den schweren Verlust hin, den Deutschland durch die schulden- und lastenfreie Überlassung aller Saargruben an Frankreich erlitten habe. Er schilderte die große Bedeutung dieser Steinkohlengruben für das deutsche Wirtschaftsleben und kennzeichnete die Uebereignung der Saargruben als regelrechten Raub, was durch die inzwischen bekannt gewordenen Tatsachen über die Art, wie dieser Raub gelang, bestätigt wird. In klarer und verständlicher Weise schilderte er die sonstigen, durch das Friedensdiktat von Versailles im Saargebiet geschaffenen Verhältnisse, indem er als besonderer Härte der erst nach 15 Jahren stattfindenden Volksabstimmung gedachte, die Hohn spreche den bisherigen Kundgebungen der Saarlandschaftsbewölkung für ihr Deutschtum, besonders aber Hohn spreche dem Ergebnis der im Jahre 1922 und am 27. Januar 1924 stattgehabten Landesratswahlen, die unbedingt als eine Volksabstimmung für das Deutschtum betrachtet werden könnten. An der Hand vieler Beweismaterials wies er dann nach, wie das Saargebiet politisch, wirtschaftlich und kulturell durch die Friedensbestimmungen von Versailles und durch die heutige, nur unter französischem Einfluß stehende Verwaltung, die Saarregierungskommission (den Treuhändern des Völkerbundes) verraten und verkauft, ja verloren sei, wenn nicht eine so zuverlässig ferndeutsche Bevölkerung im Saargebiet wohnen würde. Er kam dann auf den Clemenceauschen Betrug während der Vorfriedensverhandlungen im März 1919 mit der gefälschten Saarländer-Adresse zu sprechen, indem er an das Gewissen der Welt appellierte und betonte, daß die Saarbevölkerung gerade durch die Abstimmung bei den Landesratswahlen wiederholst freiwillig ihren Willen zum Ausdruck gebracht habe, wohin ihr Herz schlage und welches ihr Vaterland sei: Deutschland. Wenn man trotzdem erst im Jahre 1935 die Bevölkerung im Saargebiet abstimmen lasse, so bringe man damit zum Ausdruck, daß man Frankreich die wirtschaftliche und politische Möglichkeit an die Hand geben wollte, den heute schon feststehenden Willen der Saarlandschaftsbewölkung gewaltsam abzuändern. Schlimmer könne man seine Grundsäcke nicht verleugnen, als es der Völkerbund hier tue, und deutlicher als hier könne auch die Vergewaltigung eines Volkes nicht öffentlich betrieben werden. Das Ergebnis der Landesratswahlen bei denen über 99 Prozent der Bevölkerung für die deutsche Liste stimmten, sei aber die beste Widerlegung der niederrächtigen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, und sie sei der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abstimmung im Jahre 1935. Nach einer von begeisterter Heimatsliebe zeugenden eingehenden Schilderung von Land und Leuten des Saargebiets kam er auf die Geschichte des Saargebiets zu sprechen, die, solange sie geschrieben werde, immer deutsch gewesen sei und auch bleiben werde. An der Hand von geschichtlichen Tatsachen schilderte er die tiefe vaterländische Gesinnung der Saarbevölkerung, wie sie sich seit einem Jahrtausend auf die heutige Generation weitervererbt habe. In ergreifenden Worten schilderte er die Vorgänge der schweren Novembertage 1918, die das französische Militärregime für das Saargebiet brachten, um

dann in eingehender Weise den Schülern und Schülerinnen ein Bild über die im Saargebiet durch die französische Besetzung geschaffenen Verhältnisse zu geben. Er zeichnete seinen Zuhörern sämtliche Kapitel aller Schandtaten der Franzosen, die eine Versöhnungsstimmung mit Frankreich an Rhein, Ruhr und Saar nicht auskommen ließen.

Die Tätigkeit des Treuhänders des Völkerbundes, der Saarregierungskommission, kennzeichnete Redner zunächst als eine Fortsetzung des Schaliens und Waltens der französischen Militär-Diktatur, dann aber als eine durchaus einseitige, nur französischen Interessen dienende und alle französisierungsversuche unterstützende Verwaltungsbehörde. Er seierte dann das Volk an der Saar seines freimütigen Bekennnisses zum Deutschtum wegen, indem er die Einigkeit und Einmütigkeit aller Parteien, der gesamten Presse usw. lobend hervorhob und dem Landesrat, obwohl er nur ein Scheinparlament sei, dessen Schaffung dem Völkerbund abgerungen sei, Worte des Dankes und der Anerkennung für das zollte, was er bisher im Interesse des Deutschtums getan habe. Schon wehe ein anderer Wind. In stummem Kampfe für das Deutschtum an der Saar stehe dort ein treues Volk auf deutschem Vorposten. Die Stimmung in der Bevölkerung, die hauptsächlich aus einer treuen Arbeiterschaft des Bergbaus und der Eisenindustrie besteht, sei eine vorzügliche, und es sei bestimmt zu erwarten, daß diese treudeutsche Saarbevölkerung unentwegt den Kampf für die Deutscherhaltung des Saargebiets solange weitersühren werde, bis das Saargebiet wieder mit Deutschland vereint ist.

Ferner sprach Verwaltungsdirektor Vogel über „Die heutige Lage im Saargebiet“ in der Aula der Klosterschule am 19. Februar 1924 in einer von der Hamburger Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ einberufenen Abend-Versammlung. Auch in diesem Vortrage gehilfte er das Clemenceausche Vorgehen mit der gefälschten Saarländer-Adresse, indem er noch besonders darauf hinwies, daß dem Präsidenten Wilson schon im Dezember 1918 ein Bekennnis der Saarburgerenschaft „Unser Wille zum Deutschen Reich“ zugestellt worden sei, in welchem im Auftrage von Tausenden von Einwohnern des Saargebiets die feierliche Erklärung abgegeben worden sei „Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben.“ Der Inhalt dieser Eingabe decke sich mit dem Inhalte einer Denkschrift der Saarbevölkerung im Jahre 1815, als die Wiedervereinigung mit Deutschland erstrebt wurde. Im Saargebiet finde man nur deutschen Wirtschaftsgeist, deutschen Wirtschaftsausbau, nur wirtschaftliche Zusammenhänge mit dem großen deutschen Wirtschaftsleben. Bergbau und Eisenindustrie sind hier allein unter deutschem Einfluß, unter deutschem Geiste groß geworden. Er erinnerte daran, wie man durch Bedrückungen, Rechtlosmachung und Vergewaltigung der Bevölkerung diesen Geist erschlagen möchte. Die Bevölkerung habe wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit der der Saarregierung Hand in Hand zu gehen, verlangt aber die Beachtung der wenigen ihr in den Versailler Bestimmungen verbliebenen Rechte. Die ganze Handhabung der Gelehrtung durch die Saarregierung stelle aber weiter nichts dar, als die völlige Unterdrückung des Willens der Bevölkerung und ihres Rechtes auf die Mlibestimmung in ihren eigensten Angelegenheiten. Dafür, daß im Saargebiet nur französische Politik bis heute maßgebend gewesen sei, führte der Redner eine Reihe von Beweisen an. Zu den vielen Verstößen gegen das Friedensdiktat von Versailles komme noch besonders der Vorstoß der Regierungskommission gegen die Schulen, um durch die Einführung des französischen Unterrichts und durch Schaffung französischer Volksschulen die saardeutsche Jugend mit französischem Geiste zu erfüllen. In scharfen Worten gehilfte Redner die Politik der französischen Propagandaarbeit des Majors Richert, der zwar jetzt seinen Sitz in Colmar habe, aber noch heute diese Propaganda leiste, um das Saargebiet für die Annexion durch Frankreich reif zu machen. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß es Pflicht Englands und Amerikas sein müsse, weil deren Vertreter Opfer des Schwindels mit den 150 000 Saarfranzosen geworden seien, zu erklären, daß auf Grund dieses Beiru. es und dieser Fälschung die Versailler Bestimmungen über das Saargebiet unbedingt einer Revision unterzogen werden mühten. Die ganze Völkerbundsidee müsse nicht nur beeinträchtigt, sondern geradezu geschändet werden, wenn die Völker, die in ehrlicher Überzeugung diese Idee tragen und durch ihre Mitgliedschaft sich zum Völkerbund bekennen wollen, nicht dafür eintreten, daß die Bestimmungen, die einer Fälschung und einer bewußten Irreführung ihrer Entstehen verdanken, entsprechend den Tatsachen abgeändert werden. Wie der Inhalt des ganzen Friedensdiktats von Versailles sich aus Lug und Trug zusammensetze, so sei das ganz besonders beßiglich der Bestimmungen des Saargebiets der Fall. Der Präsident der Saarregierungskommission, der Franzose Rault, habe seiner-

seit in Paris behauptet, der größte Teil der Saargebietbevölkerung sei französisch orientiert und eine Wahl zum Landestrat „unter genügender Sicherung durch eine Wahlordnung“ würde einen Sieg Frankreichs ergeben. Es ist anders gekommen. Trotz der Millionen und aber Millionen, die Frankreich seit 5 Jahren für seine Propaganda im Saargebiet ausgeworfen hat, trotz der Tätigkeit der völlig französisch orientierten Saarregierung zur wirtschaftlichen und politischen Umstellung des Saargebietes, hat sich die wahlberechtigte Bevölkerung zu 99 Prozent für die deutsche Liste erklärt. Trotzdem gibt Frankreich den Kampf an der Saar nicht auf. Deshalb darf auch von deutscher Seite der Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebietes nicht eingestellt werden.

Rhein, Pfalz und Saargebiet.

Auf dem Rhein- und Pfalztag in Bernau bei Berlin, welcher am 17. Februar 1924 stattfand, wurde in besonderer Weise auch des Saargebietes gedacht. Im großen Saale des Epiums hatten sich die Bürger Bernaus in großer Zahl eingefunden. Die Begrüßungsansprache hielt Studiendirektor Wüllenvorber. Schirat Schwabe erinnerte in begeisterten Worten an die Erhebung des deutschen Volkes im August 1914 und an die Bedeutung des Inhalts der vaterländischen Lieder „Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“. Die Hauptrede hatte der Leiter der Geschäftsstelle „Saat-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, übernommen. Bei allen Kundgebungen, die sich mit dem vergewaltigten Westen des Vaterlandes beschäftigen, müsse die Saar ausdrücklich mitbenannt werden. An der Saar kämpfte seit mehr als vier Jahren ein geknechtes Volk für das Deutschland und seine Freiheit mit dem gleichen Bekennemut und mit der gleichen Zähigkeit, wie das Volk am Rhein, an der Ruhr und in der Pfalz. Die Saarfrage habe in Versailles eine besondere Regelung erfahren, die sich heraushebe aus der Regelung, die das übrige Rheinland erfahren habe. Die deutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar, die allen Gefahren, Leiden und Versuchungen der französischen Fremdherrschaft zum Trotz offen zutage trete, sei einer der wenigen wirklich wichtigen Aktivposten unserer Politik, sie zu erhalten und zu pflegen sei vaterländische Pflicht, und dazu könne die ausdrückliche Erwähnung der Saar bei allen Kundgebungen mithelfen. Redner wies dann auf den langen Leidensweg hin, den das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch zu gehen habe. Im Felde, in der Luft und zur See unbesiegbar, sei das deutsche Volk zusammengebrochen und das Opfer einer unglaublichen Lügenpropaganda sowie des ungeheuerlichsten Wortbruches, den die Weltgeschichte je erlebt, geworden. Das Friedensdiktat von Versailles habe einen Gewalt- und Vernichtungsfrieden furchtbarster Art geschaffen. Unlänglich der tausendjährigen Heil der Stadt Goslar habe man am alten Wichtermannschen Hause eine Bronze-Gedenktafel mit den Worten angebracht: „Gedenke des Schmachtsiedens von Versailles.“ Diese Mahnung müsse eigentlich der Tagesgruß aller Deutschen sein, um uns alle täglich an die furchtbare Demütigung und Knechtung, die dieser Schandvertrag mit sich gebracht habe, zu erinnern. Die Aufruhr der Kriegsschuldflüge könne nur der Beginn für die Forderung nach der Revision des Friedensdiktats von Versailles sein, somit allein zur Befreiung vom französischen Joch führen. Das Endziel der französischen Raumpolitik sei die Posttrennung des gesamten linken Rheinufers vom deutschen Mutterlande. Eine Rettung für das deutsche Volk könne nicht eher kommen, bis wir endlich einig und einmütig zusammenstünden. Napoleon I. habe am allerbesten die deutsche Uneinigkeit gekennzeichnet, indem er in seinen Lebenserinnerungen es niedergeschrieben habe, daß er Zwiespalt unter den Deutschen nie zu hüten brauchte, denn die Einigkeit sei aus ihrer Mitte gewichen.

Das seien Worte, die wir uns stets ins Gedächtnis rufen sollten, um zu begreifen, wo der Grund unserer Erniedrigung liegt. Wir sollten aber keinen Augenblick vergessen, daß wir unseren Volksgenossen an Rhein, Ruhr, Saar und in der Pfalz zu heiligstem Dank verpflichtet sind.

Zu den Bedrückungen, denen der deutsche Westen durch die fremden Heere ausgesetzt ist, ist seit einiger Zeit eine neue Geisel gekommen, von der besonders die Pfalz heimgesucht wird. Hier haben landstreitende Banden, die sich aus verkommenen, niedrigen und zumeist schwer vorbestraften Elementen zusammensetzen, es unternommen, urdeutsches Land an die Franzosen zu verkaufen. Separatisten heißen diese Verbrecher, die nichts weiter sind, als bezahlte Agenten in dem großen Spiel, das Frankreich um den deutschen Rhein spielt. Separatisten heißen sie, da sie die Pfalz von Bayern, vom Deutschen Kaiser losreissen wollen. Unterstützt von französischem Geld und von der französischen Presse, schreien sie in die Welt hinaus: Die Pfalz will los von Berlin, die Pfalz will los vom Deutschen Kaiser! Diese verdeckte Pfalz, die in ihrer Mitte das nationale Heiligtum der deutschen Kaisergräber birgt, dieses herrliche deutsche Ländchen, das einen glänzenden Edelstein in der Krone unserer Mutter Germania bildet, diese deutsche Pfalz, deren Bevölkerung

trotz des schwer auf ihr lastenden französischen Druckes unzählige Male in machtvollen Kundgebungen ihr Deutschland bekannt und den festen Willen bekundet hat, mit unverbrüchlicher Treue am Deutschen Kaiser festzuhalten! Und wie kommt es nun, daß trotzdem diese separatistischen Banden ihre Herrschaft in der Pfalz ausüben können? Die Antwort ist leicht und schnell gesagt: Nur mit Hilfe der Franzosen!

Der aktiven Unterstützung der separatistischen Banden durch das französische Militär bei Besetzung der öffentlichen Gebäude entspricht in allen Punkten das Verhalten der französischen Bevölkerungs- und Kreisdelegierten. Das Schiedsgericht, das die Separatisten ausüben, erinnert an die schlimmsten Zeiten des 30jährigen Krieges. Jede Rechtsicherheit wurde aufgehoben, mißliebige Personen wurden verhaftet und blutig geschlagen, am gehörene Bürger als Geiseln festgenommen und in dunkle Kerker geworfen. Die Spiken der Verwaltungs- und Kommunalbehörden wurden ausgewiesen, die deutsche Polizei und Gendarmerie wurde entwaffnet. Alle leitenden Justizbeamten wurden ohne Ansehen der Person verhaftet, ins Gefängnis geworfen oder ausgewiesen.

Lange Zeit hat das Weltgewissen, das uns Deutschen gegenüber ja überhaupt nur schwer aus seiner Ruhe aufzurütteln ist, auch zu diesen Dingen geschwiegen. Aber nun scheint es wachgeworden zu sein! Schon beginnt Frankreich, unter dem Druck Englands, von seiner allzu offenen Unterstützung der Separatisten abzulassen. Aber noch immer will es nicht die deutsche Verwaltung in der Pfalz wiederherstellen, indem es die deutschen Beamten zurückkehren läßt. Sollte aber in der Pfalzfrage, deren Erledigung augenblicklich Gegenstand von Verhandlungen zwischen London und Paris ist, irgendeine Einigung erzielt werden, so müssen wir uns doch vor allzu optimistischen Hoffnungen hüten, da zweifellos das Ziel Frankreichs, wenn es auch jetzt in einigen Punkten nachgeben sollte, doch immer dasselbe bleiben wird, das es von jeher gewesen ist, nämlich: die Annexion der Pfalz.

Zum Schlusse richtet er einen warmen Appell an die Schienenen, indem er die Worte des Präsidenten der Nationalversammlung Fehrenbach bei der Protestkundgebung der deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden am 12. Mai 1919 in der Berliner Universität wiederholte: „Wir hatten auf den Völkerbund mit gehofft. Dieser Vertrag ist keine Einleitung dazu, er ist die Verewigung des Krieges. Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen, und sage: „Memores estate inimici, ex ossibus ultor!“ Möge aus unseren Gebeinen dereinst ein Rächer erscheinen.) Auch in Zukunft werden die deutschen Frauen, so schloß die Fehrenbachsche Rede, Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwischen, die unserem deutschen Antlitz zugesetzt werden soll. Die Bedeutung solcher Worte verstehe man nirgends besser als in den besetzten Gebieten, wo man den Tag der Abrechnung mit den Franzosen heilig herbeisehne und wo man tief durchdrungen sei von dem Wahrleiblichen Worte in seinem Liede „Wergessen“: „Und was der Feind uns angeht, das sei ihm nicht vergessen“. Unter stürmischem Beifall erhob sich die Versammlung und sang in heller Begeisterung das Deutschlandlied.

Deutschland und das Saar-gebiet.

Erleichterungen im Verkehr mit dem Reichspatentamt. Der Präsident des Reichspatentamtes in Berlin hat auf Anregung des Diplom-Ingenieurs Friedrich Stein in Saarbrücken, um den Bewohnern des Saargebietes Erleichterungen bei der Erstattung der vom Patentamt vorgelegten Portos zu gewähren, versucht, daß fortan von dem Verlangen nach Erstattung des vom Patentamt ausgelegten Portos überhaupt abgesehen werden soll. Selbstverständlich bleibt die Verpflichtung bestehen, an das Patentamt gerichtete Sendungen freizumachen. Das Patentamt trägt aber die Kosten der Briefübersendung nach dem Saargebiet.

Deutsche Bankkonten im Saargebiet. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte beim Kommissar für Devolutionsfassung Klärung der Frage erbettet, ob zur Gründung eines Bankkontos im Saargebiet durch im Inland wohnende Reichsdeutsche eine besondere Genehmigung erforderlich sei. Darauf ist folgende Antwort ergangen:

„Einer besonderen Genehmigung zur Einrichtung eines Kontos bei einer Bank im Saargebiet bedarf es nicht. Den bestehenden Verpflichtungen zur Ablieferung eines Teils der Ausfuhrdevisen an die Reichsbank und zur Verwendung des Ausfuhrlohs im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ist jedoch auch in diesem Falle nachzukommen. Für die Erteilung von Handelskammerbescheinigungen an Firmen, welche nach dem Saargebiet regelmäßige Zahlungen zu leisten haben, bedarf es keiner andern als der sonst üblichen Voranschläge.“

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Delegierte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Saarbrücken dazu ermächtigt ist, die innerdeutschen Lieferfirmen auf Antrag der saarländischen Empfänger teilweise oder ganz von der Verpflichtung zur Ablieferung der Ausfuhrdevisen zu befreien.

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, C. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 6034), Berlin-Schöneberg, Ehrenacher Str. 20. — Vorstand: Bankdirektor Karl Graenger (Büro: Bentz. 9150-52). Privat: Wilhelm 3261; Charlottenburg, Cosanderstraße 7. — Kasse u. Postcheckkonto Berlin 15401; Bankbeamter Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Posthingerstraße 10. Familienabend: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 100, u. d. Weidendammer Brücke. — Zeitungszuschreiber: U. Vorst. Carl Maria Maier, Moabit 1621, NW. 5 Quistorpstraße 100.

Vereinsnachrichten.

Berghiedenes. Unser Bruderverein in Halle, der Pfälzerwald-Verein Ortsgruppe Halle a. S. meldet uns sein Wiedererwachen. Der Vorstand sieht sich wie folgt zusammen: Erich Wiedenbeck, 1. Vorsitzender, Fritz Baasch, 2. Vorsitzender und Obmann des Wanderausschusses, Karl Lügendorf, Schriftführer, Paul Noah, Rechner. Zuschriften an den 1. Vorsitzenden Herrn Erich Wiedenbeck, Gr. Märkerstr. 15, in Halle a. S. Wir wünschen bestes Gedeihen.

Unser Lokaldichter Banddirektor Hanns Glückschein in Mannheim brachte ein neues Bühnenstück „Lindenvirtin, du junge“ heraus, das am 10. Februar die vierte Aufführung vor ausverkauftem Hause im städt. Nibelungenaal erlebte. Nach den Zeitungskritiken hatte dieses Volkstück mit Gesang einen beispiellosen Erfolg. Dichter und Komponist (Karl Fischer-Bernauer) wurden stürmisch gefeiert. Ein echtes, heiteres Lebensbild aus der weinfrohen, sonnigen Pfalz, eine „Kerne“ mit Kirchengang und Orgellang, Tanzmusik und Becherklang, Verliebtheiten und urwüchsiger Pfälzer Humor ging über die Szene. Aufführungen in Karlsruhe und Heidelberg folgen.

Der Rheinische Beobachter hat wieder eine Pfalznummer herausgebracht, die sich würdig den seitlichen anschließt. Wir empfehlen allen Mitgliedern ein Abonnement dieser ausgezeichneten zeitgemäßen Streitschrift wiederholzt. Unser Schriftführer vermittelte die Anmeldungen.

Unser Mitglied Herr Rector Hofmann Ludwigshafen, M. d. R., ist in die Direktion der Germania A. G. Berlin eingetreten.

Unter dem Titel „Mutter Donau und Vater Rhein“ wird von der Alfas-Filmgesellschaft gegenwärtig ein Gesangs-film gedreht, der die schönsten Punkte an Rhein und Donau verherrlicht und noch in diesem Jahre seine Uraufführung erleben wird.

Herr Banddirektor Heinrich Kohl, Rechner des Hauptvereins (Pfälzerwald-Verein) in Neustadt a. d. H., bekannt auch unter dem Namen „Kohle Henner“ im ganzen Pfälzerwald und eifrigster Förderer des Wandergedankens, feierte kürzlich seinen 50. Geburtstag, wozu wir nachträglich herzlichst gratulieren.

Schließlich noch eine traurige Kunde, die uns jetzt erst durch einen Zeitungsartikel zugeht. Unser Mitglied Herr Carl Diehl aus Dörsheim, ehemals Kaiserl. Kellermester und einer der letzten, die Kaiser Wilhelm I. bei dem Nobiling-Attentat zur Seite standen, ist hochbetagt vor einigen Wochen auf „Jagdschloß Stern“ gestorben. Unsere Wanderabteilung, die seit Jahren mit dem alten rüstigen Herrn mit dem goldenen Pfälzer Humor zusammenkam, wird ihm ein ehrendes Gedanken bewahren.

Mitgliederzugang 1924. Nr. 8. Franz Becker, Betriebsleiter, N 58, Pappelallee 33 I (Birmensdorf); 9. Frau Elisabeth Friedl, N 113, Schöneneckstr. 8 (Bad Dürrheim); 10. Gastmitglied Alfred Ihm, Kürschnermeister, S 14, Wallstr. 70-71, Berlin; 11. Dr. Adolf Weisser, Referent i. d. Reichspressestelle, Wittenau, Lindenweg 34 B (Speyer a. Rh.); 12. Gast-Mgl. Gräul. Else Siegler-Schmidt, Steglitz, Vaterstraße 2 III (Bonn a. Rh.); 13. Bankbeamter Heinz Brecht, W. 8, Krausenstraße, Rhoenbank (Speyer a. Rh.); 14. Fabrikdirektor Theod. Diehl, Charlottenburg 4, Goethepark 18 (Birmensdorf); 15. Kaufmann Paul Geiler, SW. 29, Vorstr. 7 (Kaiserslautern); 16. Dr. Walter Hellenthal, Attaché im Auswärtigen Amt, NW. 23, Mi-Moabit 131 III (Homburg); 17. Kaufmann Max Hengen, Friedenau, Bornstr. 30 II, Port. II (Rüdersdorf); 18. Schauspieler Emil Janzen, B.-Buchholz, Parkstr. 7 (Speyer a. Rh.); 19. Fr. Cecilia Leipp, SW. 61, Urbanstr. 184 (Meissenheim a. Glan); 20. Syndikus und Chefredakteur Dr. Peter Kiefer, SW. 61, Landwistr. 5 (Göttingen a. Kaiserslautern); 21. Eisenbahnassistent Johannes Storr, Lichtenberg, Kantstr. 51 (Wiesbaden a. S.); 22. Universitäts-Prof. Dr. Georg Stuhlfauth, NW. 23, Lessingstraße 39 (Rüsselsheim); 23. Bankbeamter Hans Eber, Friedenau, Bachstr. 4 (Hegditz b. Neustadt); 24. Gastmitglied Fr. Magda Weigel, N 4, Hessische Str. 2. Auf Wiedersehen am Vereinsabend.

Pfälzpende am 2. März. Die Straßenammlung als Fortsetzung des Pfälztages ist behördlich genehmigt und die nötigen Sammler sind uns diesmal gesichert. Alle Mitglieder werden gebeten, wo immer möglich, für die gute Sache Stimmung zu machen.

Einladungen. Alle Mitglieder sind eingeladen 1. vom Verein Rheinland auf Dienstag, den 4. März, abends $\frac{1}{2}$ Uhr, zum Maskenfest im Schiller-Theater-Restaurant (Festsaal), Eingang Bismarckstr. 110, am Untergrundbahnhof Knie, möglichst kostümiert, sonst am Eingang Karneval. Abzeichen. Eintritt 3 M. 2. Vom Verein der Bayern C. V. auf Samstag, den 8. März, abends 8 Uhr, zur ländlichen Hochzeitseier und Trachtenfest am Schlier- und Tegernsee, im Großen Saale der Kammerküche, Tegernseer Straße 1-4. Mitglieder 5,63 M., eingeführte Nichtmitglieder 11,25 M. Zutritt ist nur in ländlicher Tracht gestattet.

Nächster Vereinsabend: Freitag, den 7. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal, Hotelrest. Atlas a. d. Weidendammer Brücke. Unterhaltsabend. Die neuen Mitglieder werden gebeten, dasselbst ihre Mitgliedskarten in Empfang zu nehmen, ihre Freunde als Gäste mitzubringen und uns neue Mitglieder zuzuführen.

2. Progr. Wanderung: Sonntag, den 9. März, 8,50 ab Stettiner Bahnhof, 8,50 ab Gesundbrunnen nach Hermsdorf, zurück ab Hohen Neuendorf. Einzelheiten siehe vorige Nummer.

Herren-Stammtisch am Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr, und weiter jeden 3. Freitag im Monat im Vereinslokal. Treffpunkt aller Junggesellen, Strohwitwer, Genanten (d. s. die Jagdhäfen, die sich vor Damen genieren), Vorstandsmitglieder und Weiberfeinde. Leichtere, um bekehrt zu werden. Ja, ja, meine Damen, Sie staunen, aber es lädt sich nichts mehr daran ändern, der Stammtisch wurde dringend gewünscht, weil die Pause von vier Wochen zu groß ist. Vielleicht kommt es auf die Weise auch wieder zur wöchentlichen Zusammenkunft.

Wanderer-Ehrung 1923. Mit dem „Goldenen Abzeichen“ wurden ausgezeichnet: zum 10. Male (besonderes Ehrenzeichen) Karl Graenger (10), zum 8. Male Fritz Müller (10), zum 7. Male Carl Maria Maier (11), zum 5. Male (verbunden mit Ehren-Wanderstab) Aug. Heinz Seltzum (11), Joël Gerhard (9), zum 4. Male Frau Elise Weinsheimer (11), Frau Carl Maria Maier (10), Frau Räthe Thumm (10), Frau Lilly Graenger (9), Frau Rosa Seltzum (9), zum 3. Male Leon Thier (9), Fr. Charl. Effer (10), Heinz Stein (12), zum 2. Male Marianne Thier (10), Ed. Gerhard (9), Ludw. Kiefer (9), Alfred Stein (9), Fr. Hedwig Stein (9), Fr. Thea Maier (9), zum 1. Male Karla Graenger (10), Toni Graenger (10), Frau Maria Thier (10), Fr. Johanna Eggert (9). Die eingeklammerten Zahlen belegen die Anzahl der Wanderungen. Eventuelle Tertümer sollte man sofort melden. Sie sind möglich, da die Auszeichnungen des früheren Schriftführers infolge Wegzug leider in Verlust geraten sind.

Alfred Stein,
Obmann des Wanderausschusses.

Pfälztag.

Von Carl Maria.

Seit meinem letzten Artikel „Pfalz in Not“ sind 14 Tage vergangen und vieles hat sich in dieser Zeit ereignet. Der Pfälztag, am 4. Februar von den Vertretern aller Spartenorganisationen in einer denkwürdigen Sitzung beschlossen, wurde wenige Tage später wieder abgeblasen und dann verschoben, um die Politiker nicht zu tönen. Die Politiker, die es fertig gebracht haben, sich von Poincaré die November-Note mit höhnischem Spott im Dezember wieder zurückgeben zu lassen: „Es sei ja alles übertrieben und Deutschland habe damit alle seine künftigen Noten verdächtig gemacht.“ Dieselben Politiker, die sich dann bis 2. Februar zur Überreichung einer neuen Note bzw. Beschwerde Zeit liehen und erst am 20. Februar eine erschöpfende Darstellung vorlegten.

Aber das einmal begonnene Werk setzte sich durch. Ohne Rücksicht auf Politik und Politiker kam der Pfälztag am 17. Februar zustande. Viel zu viel Zeit war auch schon verloren gegangen. Auch der Pfälztag hatte in seinem Sammelergebnis unter den Verzögerungen der letzten Tage zu leiden. Aber immerhin, er kam zustande und wir haben im Reichstag eine denkwürdige und machtvolle Rundgebung erlebt. Das Haus und die Tribünen dicht besetzt, begrüßte Ober-Konsistorialrat Grubl, selbst Ruhrländer und Westmärker, mit zündenden Worten die Versammlung und schloss mit dem Gesüldde: „Wir wollen kein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Die dann folgende Rede unseres Mitgliedes und Landsmannes Dr. Maximilian

Pfeiffer, des deutschen Gesandten in Wien, war ein Ereignis. Huhig, sachlich, wurde, aber doch mit einem Nachdruck und liegend in freier Rede hielt dieser Kulturhistoriker ersten Ranges den Franzosen ihre Jahrhunderte alten Sünden vor und jessete die niemals laufende Verjämmlung — Regierungsmänner und Volk — von der ersten bis zur letzten Minute, öfters unterbrochen von begeisterter Zustimmung, besonders bei der Stelle „wenn es hieß zum Schutz und Truße brüderlich zusammenhält.“ Reicher, nicht enden wollender Dantesbeispiel bildete den Schluß dieser meisterhaften Rede.

Es folgte unser Mitglied und Landsmann, der Reichsminister Dr. Höfle, Minister der Post und für die besetzten Gebiete, der natürlich nach der meisterlichen Rede des deutschen Gesandten einen höheren Stand hatte. Er sprach namens der Reichsregierung und gab die Versicherung ab, daß seitens der Regierung alles geschehe, um die Leiden der Pfalz zu lindern und zu beenden.

Umrahmt war die Feier von erhebenden Chorgesängen der Berliner Liedertafel, die sich damit ein besonderes Verdienst erworben hat und als Schluß des Ganzen durchbrauste „Deutschland über Alles“ machtvoll des Hauses, dem Rütti-Schwur vergleichbar, aber auch mit einem gewissen Unterton, dem Wutschrei eines gequälten hochkultivierten Volkes.

Draußen vor dem Haus hatte sich inzwischen eine viertausendköpfige Menge auf dem Königsplatz eingefunden, wo die Kundgebung durch Militärkonzert und eine kurze, feierliche Ansprache des Herrn Dr. Pfeiffer ihre Fortsetzung und Ende fand.

Zwischendurch empfing der Reichspräsident Ebert eine Abordnung der Ausschüsse, darunter auch unser 1. Vorsitzenden Herrn Bankier Fraenger, nahm den Bericht über den Verlauf der Veranstaltung entgegen und betonte in seiner Erwiderung, daß dieser Tag, aus freier Entschließung der Berliner Bevölkerung hervorgegangen, und gesteigert durch die weiteren Kundgebungen im ganzen Reich, unserer bedrückten Bevölkerung im besetzten Gebiet zeigen werde, daß das ganze deutsche Volk sich in Treue und Dankbarkeit mit den um Freiheit und Menschenrechte kämpfenden Brüdern und Schwestern verbunden fühlt. Von Seiten der Reichsregierung werde alles geschehen, um unseren Volksgenossen Freiheit, Kultur und Frieden wiederzubringen.

Damit war der erste offizielle Pfalztag offiziell zu Ende, und wenn ich sage, der erste offizielle, so ist damit gleich ange deutet, daß diesem ersten noch ein zweiter folgen muß und wenn es not tut, noch weitere. Es heißt auf der Hut sein, wie ich in meinem letzten Artikel schon angedeutet habe. Auf der Hut sein gegen das, was draußen und gegen das, was drinnen vorgeht. Draußen in Frankreich, wo mit dem Geschick Europas Fangball gespielt wird und drinnen bei uns, wo bei der Befreiung des Pfalztages im Reichstag am Mittwoch und Donnerstag die pfälzischen Vertreter, ein Hosmann-Ludwighafen, ein Dr. Höfle, ein Dr. Helfferich kaum Gehör fanden, wo der Vorsitzende mehrmals vergebens darum ersuchen mußte, der Wichtigkeit der Sache entsprechend, den Rednern Aufmerksamkeit zu schenken. Wo es erst am zweiten Tag dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann durch sein energisches und überraschendes Eingreifen gelingt, die Auserwählten des Volkes aufzurütteln. Es wird Zeit, daß die' Reichstag hinweggefegt wird, denn draußen spielen ein Poincaré und sein Bluthund General de Meix Fangball mit uns, mit dem Reich, mit den Alliierten und mit der ganzen Welt. Die Pfalz frei von Separatisten? Ach nein, noch führen einige fest und kein Haar darf Ihnen gekrümmt werden, sagt Frankreichs schuftigster Vertreter, derselbe, der höhnisch grinsend behauptet, er kümmere sich nicht um die inneren Angelegenheiten der Pfalz. Wie sagt Reichsminister Dr. Höfle am 22. 2. 1924 im Reichstag?: „Es hat den Anschein, als ob die Franzosen, nachdem sie ihr Ziel durch den Separatismus nicht erreicht haben, nach anderen Mitteln suchen, um zum Ziel zu gelangen. Sie tun alles, um das Be kenntnis zum Deutschtum zu unterdrücken, der Druck wird noch dadurch verschärft, daß 140 000 Ausgewiesene nicht zurückkehren dürfen und über 1500 Gefangene noch immer nicht freistehen. Es ist erwiesen, daß der Separatismus nur möglich war durch die französischen Bajonetten. Ich halte es für notwendig, festzu stellen, daß die verantwortlichen französischen Stellen aus allen diesen Dingen nichts gelernt zu haben scheinen.“

Nachfragen muß ich noch mit einer gewissen Genugtuung, daß unser Verein diesmal die nötige Beachtung gefunden hat, denn er gehörte sowohl dem Arbeitsausschuß für das Reich, als auch dem Arbeitsausschuß für Berlin an und unser 1. Vorsitzender Herr Bankier Karl Fraenger ist Mitglied des Finanzausschusses.

Und nun zum Pfalzabend.

Den Beschuß des Pfalztages bildete der Pfalzabend, der nur in aller Eile zusammengeläutet werden konnte und für den wir leider keinen geeigneten großen Saal mehr aufstreben konn-

ten. Unser eigenes Vereinshaus war zuerst besetzt, wurde wieder frei, aber es war nichts mehr zu ändern und so mußten wir mit einem kleinen Sälichen des Spatenbräu vorlieb nehmen, das natürlich bald so überfüllt war, daß viele wieder umlehnen, viele sich mit einem Stehstuhl begnügen mußten und der bekannte Apfel nicht zur Erde fallen konnte. Aber es ging, und alle wurden für das standhafte Ausarten reichlich entschädigt, denn wir hatten illustre Mitglieder zu Gast und was wir da zu hören bekamen, das war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, das waren zarteste Intimitäten im engsten Familienkreis. Denn es sprachen nicht der Gesandte, nicht der Diplomat, nicht der Reichsminister, sondern die Mitglieder, die Landsleute, die Freunde Dr. Pfeiffer und Dr. Höfle. Sie sprachen als Mensch zum Menschen und man sah es ihnen an, daß sie sich wohl fühlten bei ihren Landsleuten. Dr. Pfeiffer kennt uns ja schon lange und hat uns auch schon mehrmals besucht, aber Dr. Höfle kannte uns, daß er noch manches gutzumachen habe und für die Folge mal öfter von seinen Regierungsorgeln bei uns anzurufen gedenke und nicht nur, wenn es gilt, seinen Mitgliedsbeitrag zu berappen. Worüber natürlich schmunzelnd quittiert wurde. Es können also fernerhin alle Magen- und postalischen Beschwerden bis zur persönlichen Aussprache zurückgestellt werden und wir sind sicher, daß der Landsmann Höfle seinen Landsleuten Müller, Schneller, Schmidt und Schulze keinen Wunsch versagen wird. Getröst muß aber werden, daß der Pfälzer nicht nur schlecht singt, sondern auch sonst ganz unmusikalisch ist, und sich nicht nur an den Vereinsabenden am Klavier vorbedrückt, sondern auch diesmal dem Instrument keine Töne zu entlocken verstand. Dafür aber gab es ein rheinisches Quartett und einen Köllschen Jung als Coupletänger, sowie sehr gute Darbietungen einiger Mitglieder, worunter Recitationen etc. von Herrn und Frau Schauspieler Janson, der Herren Hahn und Müller, sowie eines Knoddelbus's besonders gefielen und Anerkennung verdienten. Der schön verlaufene Abend wurde geleitet von unserem 1. Vorsitzenden, der sich für eine großzügige Rede präpariert hatte, sich aber, nachdem sich die zuerst genannten beiden Herren für den Abend angelegt hatten, auf ungefähr folgendes beschränken mußte:

Ein besonderes Ereignis führt uns heute zusammen. Im unbesetzten Gebiet des Deutschen Reiches findet heute ein „Pfalztag“ statt, ein Gedenktag für unsere schöne, leider bedrückte Heimat. Mit Freude hat es uns Pfälzer erfüllt, daß endlich das gesamte Deutsche Reich auf die Leiden unserer Brüder und Schwestern, auf die Bedrückungen, die sie in ihrem heldenhaften Abwehrkampf erleiden müssen, aufmerksam gemacht wird; denn gerade wir Pfälzer, die wir hier in Berlin leben, haben es immer mit Schmerz empfunden, daß nur von den Leiden von Rhein und Ruhr die Rede war. Von der Pfalz wurde nichts oder wenig erwähnt. Erst seit einigen Wochen finden wir ausführliche Berichte, finden wir Hinweise auf die Vorgänge in der Pfalz, finden wir Berichte über die Leiden unserer Landsleute, und es war höchste Zeit, daß die Bewohner des unbesetzten Gebietes auf diesen schwer bedrängten Landesteil aufmerksam gemacht wurden.

Der heutige Tag wird nicht ohne Wirkung auf unsere Brüder und Schwestern in der Pfalz bleiben. Mit Freude wurde in der Pfalz die Absicht begrüßt, einen Pfalztag abzuhalten und der Tag wird dazu beitragen, den Mut unserer Brüder und Schwestern zu heben und ihnen das Rückgrat zu stärken. Sie sehen und fühlen, daß sie in ihrem schweren Kampf um ihr Deutschtum, um ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich nicht verlassen dastehen und daß das ganze deutsche Volk hinter ihnen steht und mit ihnen fühlt. Durch das Treiben der Separatisten sind viele unserer Brüder und Schwestern in der Pfalz bei ihrem Abwehrkampf an Hab und Gut geschädigt, viele haben ihre Gesundheit eingebüßt. Hier zu hessen und hier einzutreten, das ist die Pflicht des gesamten deutschen Volkes. Diese Not zu lindern, ist eine Ehrensache des deutschen Volkes. Wir wollen hoffen, daß die Spenden am heutigen Tage reichlich geflossen sind, damit die herrschende Not so weit wie möglich gemildert werden kann.

Wir Pfälzer im unbesetzten Deutschland müssen uns wieder und wieder fragen: „Wie können wir unseren Brüdern und Schwestern in der Pfalz helfen?“ Den Kampf mit den Separatistenbanden, den Kampf gegen französische Gewalt, gegen die französischen Unterdrücker müssen sie allein aussiechen. Und daß dieser Kampf gut ausgeht, darum ist uns nicht bange; denn unsere Landsleute in der Pfalz waren deutsch, sind deutsch und werden deutsch bleiben. Aber wir können ihnen den Kampf erleichtern, sie unterstützen dadurch, daß wir Aufklärungsarbeit leisten und daß wir ihre Meinung, die sie in der Pfalz nicht frei äußern dürfen, daß wir, denen das Reden nicht verboten ist, diese verbreiten und daß wir für unsere Heimat einstehen.

Wir stehen treu zu unserer Heimat! Es lebe unsere Heimat!

Es lebe die deutsche Pfalz!